Klassenkampf

10 Jahre

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH. Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung Der Rote Stern

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Montag, 22. Juni 1931 | 11. Jahrgang Nr. 137

Neuer „Silberstreifen"-Schwindel

Amerikas Aktion zur Rettung der ausländischen Milliarden in Deutschland — Hoover schlägt vor: ein Jahr Einstellung aller Reparationszahlungen — Die Angst vor dem Bolschewismus und die Angst um die Dividenden — Nur die KPD zeigt den Weg zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volks aus den Ketten des Young-Plans!

Vom „Vorwärts" bis zu den rechtesten Zeitungen ein einziger Jubelchor: Hoover, der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, hat in seiner in den letzten Tagen vielbesprochenen Erklärung, die jetzt erst im Wortlaut vorliegt, nicht mehr und nicht weniger vorgeschlagen als auf ein Jahr alle Reparationszahlungen aller Länder einzustellen, was einen einjährigen Zahlungsaufschub mit Wirkung vom 1. Juni dieses Jahres nicht nur für Deutschland, sondern auch für die an Amerika verschuldeten Länder der Entente bedeuten würde. Diese „Welt-Atempause", die für Deutschland in dem einen zahlungsfreien Jahr 1½ Milliarden Mark Verminderung der Ausgaben bedeuten würde, das soll die „Rettung vor der großen Katastrophe", die Rettung vor dem Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft sein.

Fast aufs Wort genau wiederholt sich in diesem Freudentaumel der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse das ganze Konzert goldener Illusionen aus der Zeit des Dawes-Planes, des Young-Planes und des berüchtigten „Silberstreifens" Stresemanns. Wieder einmal geht die Dollarsonne über Deutschland auf. Wieder einmal überschlägt sich die kapitalistische Presse in dem Bestreben, durch diese neue Illusion die Massen von der furchtbaren Not der Gegenwart, von der schweren innerpolitischen Krise abzulenken.

Was ist die Wahrheit? Noch niemals haben die kapitalistischen Staaten aus anderen als aus Profitgründen derartige Aktionen vorgeschlagen. Bei dieser Aktion Amerikas aber liegen die Profitinteressen des Weltkapitalismus nur allzu deutlich auf der Hand. Die schwere wirtschaftliche Krise des deutschen Kapitalismus, das rasche Herausreifen der Voraussetzungen der revolutionären Krise in Deutschland, die Furcht, Deutschland könne in kürzester Zeit ein „Opfer des Bolschewismus" werden, die Angst um den Verlust der ausländischen Milliarden, die das internationale Finanzkapital in Deutschland angelegt hat und die durch die katastrophale Entwicklung auf dem Devisenmarkt, die Deutschland aufs neue an den Rand der Inflation gebracht hat, verloren zu gehen drohen: Das ist der Hauptgrund, wenn die Dollarkönige heute einen solchen Vorschlag zur Konsolidierung des kapitalistischen Deutschland machen. Es ist das nicht der erste Versuch, Deutschland, das wichtigste Bollwerk gegen das Vordringen des Bolschewismus aus dem Osten zu sanieren. Nicht anders als 1923 der Dawes-Plan soll diesmal wieder nach dem Versagen der letzten Rettungsaktion durch den Young-Plan mit neuen Mitteln versucht werden, die drohende Katastrophe aufzuhalten. 6½ Milliarden ausländisches Kapital in Deutschland: Das erklärt das ganze Ausmaß der Furcht, die das internationale Finanzkapital angesichts der Perspektive einer revolutionären Entwicklung in Deutschland befällt.

Daß dabei der amerikanische Kapitalismus noch sein besonderes Geschäft im Machtkampf der imperialistischen Mächte besorgt, ist der zweite Grund für Hoovers Aktion. Kommt sie zustande — und ihr Zustandekommen hängt ja von der Zustimmung der Ententemächte ab —, dann bedeutet sie einen Schlag gegen die kontinentale Vormachtstellung Frankreichs in Europa, denn der einjährige Zahlungsaufschub verlangt von Frankreich weit mehr finanzielle Opfer als im Augenblick von Amerika, England oder Italien. Kein Wunder, daß die Zustimmungserklärung Englands und Italiens zu Hoovers Vorschlag bereits gemeldet wird, während sich Frankreich aus guten Gründen noch in Schweigen hüllt. Wieder einmal soll ein imperialistischer Machtkampf der Weltmächte auf dem Rücken Deutschlands ausgetragen werden.

Wir Kommunisten aber haben in dieser historischen Situation die Pflicht, vor der gesamten deutschen und internationalen Arbeiterklasse zu erklären: Auch wenn dieser Plan Hoovers zustande kommt, der im übrigen entgegen den ersten begeisterten Meldungen der bürgerlichen Presse weder ein dreijähriges, noch ein zweijähriges Moratorium, sondern nur einen einjährigen Zahlungsaufschub und keinerlei bindende Zusagen über die bereits angekündigte Dollaranleihe enthält, — selbst wenn dieser Plan zustande kommt, kann er die krise des deutschen und des internationalen Kapitalismus nicht lösen, sondern nur verschärfen. Die Lasten, die auf den Schultern des werktätigen Volkes in Deutschland ruhen, werden um kein Gramm geringer werden. Nur noch fester wird das werktätige Volk Deutschlands mit goldenen Ketten an das amerikanische Finanzkapital gefesselt. Zugleich aber werden die Profitinteressen der imperialistischen Staaten untereinander gewaltig zugespitzt. Die deutsche Bourgeoisie wird, wenn der Plan zustande kommt, alles daran setzen, wiederum für sich Profite aus dieser Aktion herauszuschlagen, aber sie wird nicht das geringste unternehmen, um die Lasten auf den Schultern der werktätigen Massen zu erleichtern. Sie wird im Gegenteil die Wahnsinnspolitik der systematischen Ruinierung der Kaufkraft der Massen durch immer weitere Verschärfung der Ausbeutung fortsetzen. Schon schreiben heute morgen die „Leipziger Neuesten Nachrichten":

„Noch sind keine Beschlüsse gefaßt, und noch ist das Moratorium nicht da. Es erscheine an und für sich unter diesen Umständen vielleicht müßig, schon jetzt darüber ein Wort zu sagen, wie denn Deutschland die Summe, die ihm durch ein eventuelles Moratorium nachgelassen würde, verwenden soll, und trotzdem ist es vielleicht notwendig, schon in dieser Stunde mit aller Entschiedenheit zu fordern, daß die freiwerdenden Summen nicht allein in die Kasse des allmächtigen Fiskus übergeführt werden, sondern in jedem Falle nur einem einzigen Zweck zu dienen haben: der Sanierung und Rettung der deutschen Wirtschaft in allen ihren Gliedern und allen ihren soziologischen Verlagerungen."

Das heißt auf gut Deutsch: Her mit den Dollarmillionen zur Subvention für Industrie und Junker! **Keinen Pfennig für die hungernden Massen, aber alles für die Profithyänen des Finanzkapitals!**

Vor dem ganzen deutschen werktätigen Volk erklären wir: Der bankrotte Kapitalismus hat kein Mittel, die Krise im Sinne der werktätigen Massen zu überwinden. Es gibt für das hungernde Volk nur eins, was es aus Elend und Not befreien kann: Das ist der Weg, den die Kommunisten seit Jahr und Tag aufgezeigt haben.

Auch Hoovers neue Aktion, die wiederum vor allem die Sozialdemokratie benutzt zur Erweckung neuer trügerischer Illusionen im deutschen Proletariat ausnutzt, wird kein anderes Ergebnis als der Young-Plan haben: **Neue verschärfte Belastung der Massen, neue Verschärfung der Krise des Kapitalismus.**

In dieser Stunde erinnern wir die Arbeiterschaft an die Programmerklärung der Kommunistischen Partei zur sozialen und nationalen Befreiung des deutschen Volkes, die sie im Reichstagswahlkampf des vorigen Jahres veröffentlicht hat und die den hungernden Massen Deutschlands den Weg zu ihrer Befreiung zeigt. In dieser Erklärung heißt es:

„Wir erklären feierlichst vor allen Völkern der Erde, vor allen Regierungen und Kapitalisten des Auslandes, daß wir im Falle unserer Machtergreifung alle sich aus dem Versailler Frieden ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären werden, daß wir keinen Pfennig Zinszahlungen für imperialistische Anleihen, Kredit- und Kapitalsanlagen in Deutschland leisten werden ... Wir Kommunisten sind die einzige Partei, die sich den Sturz des Imperialismus und die Befreiung der Völker von der Macht des Finanzkapitals zum Ziel setzt."

Was vor beinahe Jahresfrist in dieser Erklärung geschrieben wurde, das ist auch heute noch die Antwort des Kommunismus, des revolutionären Proletariats auf die Pläne des Finanzkapitals, deren erster Beweggrund die Furcht vor dem Siege des Kommunismus in Deutschland und vor der damit allein möglichen Befreiung des deutschen Volkes aus den Ketten des Young-Planes ist.

Die Vorgänge an der Reichsbank, die akute Gefahr einer neuen Inflation ist heraufbeschworen worden von den deutschen Kapitalisten, die in den letzten Tagen und Wochen durch die Verschiebung von Milliarden deutschen Kapitals ins Ausland den offensten unverhülltesten **Landesverrat begingen. Keine Maßnahme des Kapitalismus will, wird und kann das verhindern.** Nur der Kommunismus sagt diesen Hyänen auf dem Schlachtfeld der wirtschaftlichen Katastrophe die Todfeindschaft an. In der Programmerklärung der Kommunistischen Partei heißt es:

„Zur Macht gelangt, werden wir dem Treiben der Bankmagnaten, die heute dem Lande offen ihren Willen aufzwingen, schonungslos Einhalt gebieten. Wir werden die proletarische Nationalisierung der Banken durchführen und die Verschuldung an die deutschen und ausländischen Kapitalisten annullieren.

Um dieses Freiheitsprogramm scharen sich die Massen der Hungernden in Deutschland. Diese Massen sind von Enttäuschung

An der Grenze der Inflation

Großer Rückschlag an der Börse — Vor einer neuen Diskonterhöhung?

Am Sonnabend kam es auf der Börse zu einer sogenannten „Hoover-Hausse". Da aber infolge Kapitalflucht und Kreditkündigung wiederum 70 Millionen Goldmark vom Deckungsvorrat der Reichsbank beansprucht wurden, die die Reichsbank direkt an die Inflationsgrenze brachten, kam es zu einem Kurssturz auf der ganzen Linie.

Die Reichsbank ging zu einer Kreditabschnürung über als letztes Mittel, die sofortige Inflationsgefahr zu bannen.

In verschiedenen Zeitungen wird die Möglichkeit einer neuen Diskonterhöhung angedeutet.

Dieser Vorgang in der Börse zeigt die ganze Tiefe der Krise und er bedeutet eine weitere Verschärfung der Krise, eine weitere Vermehrung der Arbeitslosenzahl.

Auftakt zum Erntestreik

Landarbeiterinnen streiken — Gutsbesitzer zum Nachgeben gezwungen

(Eig. Meldg.) Holzweißig, 22. Juni.

In der vorigen Woche haben in Paupitzsch, im Kreise Delitzsch, 35 Landarbeiterinnen drei Tage erfolgreich gestreikt. Der Gutsbesitzer verlangte von den Frauen, daß jede Frau gesondert einen halben Morgen Rüben im Einzelakkord hacken sollten. Die Frauen wehrten sich gegen diese verschärfte Ausbeutungsmethode und legten die Arbeit nieder. Da sie im RGO organisiert waren, verlangten sie den Kreisleiter aus Delitzsch zur Verhandlung. Dieser hielt es aber nicht für nötig, zu kommen. Daraufhin haben die Frauen ihre Verbandsbücher in die Ecke geworfen und haben allein ihren Streik weitergeführt. Sie haben sich durch alle Drohungen des Gutsbesitzers nicht einschüchtern lassen. Nach drei Tagen gab der Gutsbesitzer nach und machte das Zugeständnis, daß sie wieder gemeinsam und nach der alten Lohnverrechnung arbeiten. Die Frauen erklärten gegenüber weiteren Drohungen: Wenn der Gutsbesitzer bei der Ernte ihre Forderungen nicht erfüllt, dann treten sie wieder in den Streik.

Dieser Streik der 35 Frauen von Paupitzsch ist für die Landarbeiter und Landarbeiterinnen des ganzen Bezirks ein leuchtendes Vorbild. Er zeigt nicht nur, welcher Kampfwille gerade unter den Frauen vorhanden ist, er zeigt vor allem, daß es möglich ist, siegreich zu kämpfen, er zeigt, daß die Gutsbesitzer nachgeben müssen, sobald die Arbeiter geschlossen auftreten. Dieser Streik der Landarbeiterinnen von Paupitzsch muß in jeder Landarbeiterwohnung diskutiert werden.

Diese 35 Frauen haben den Auftakt gegeben zu der Streikwelle, die zur Ernte über unseren ganzen Bezirk hinweggehen wird. So, wie diese Frauen ihren Gutsbesitzer zum Nachgeben gezwungen haben, so können überall die Landarbeiter ihre Junker auf die Knie zwingen.

Die Frauen in der vordersten Front beim Erntestreik — das ist die Lehre von Paupitzsch!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610193106 22-19/fragment/page=0001

zu Enttäuschung gegangen. Stresemanns „Silberstreifen" und die Dollarsonne des Dawes-Planes zerplatzten wie Seifenblasen angesichts der furchtbaren Tatsachen der hereinbrechenden Wirtschaftskatastrophe. Diese Massen werden auf keine neuen Illusionen hereinfallen. Sie kennen den Weg und Ziel zu ihrer Befreiung.

Nicht der Dollar des internationalen Finanzkapitals, nur Sowjetdeutschland bringt ihnen Rettung aus Hunger, Elend und Not. Unter dem Banner des Kommunismus im revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie-Diktatur auf der Grundlage des Befreiungsprogramms der Kommunistischen Partei allein zerbrechen die Ketten des Young-Planes und der kapitalistischen Ausbeutung überhaupt!

Nur auf diesem Wege gelangt das werktätige deutsche Volk zu Arbeit, Brot und Freiheit!

Lügen-Peters seift ein!

Halle, 22. Juni

Mit den demagogischsten Methoden versucht die Partei des Sozialfaschismus ihren Verrat vor den Arbeitern zu bemänteln. Am Freitag sprach der berüchtigte sozialfaschistische Reichstagsabgeordnete Peters vor einer sehr schlecht besuchten Betriebsräte- und Funktionär-Vollversammlung des ADGB in Halle über die Notverordnung. Peters gab offen zu, daß „die Sozialdemokratie sich nie darum gedrückt habe, die Finanzverhältnisse des Reiches zu ordnen".

Diesem offenen Eingeständnis der brutalen Unterstützung der Ausbeuterpolitik des deutschen Finanzkapitals durch die SPD folgte das weitere Eingeständnis, daß dabei „viele Opfer" gebracht werden mußten. Peters gibt also offen zu, daß die gesamte Politik der SPD immer wieder ungeheure Opfer der Arbeiterklasse gefordert hat.

Mit einem kühnen Schwung behauptet Peters dann, daß die SPD und die freien Gewerkschaften der Notverordnung den „schärfsten Kampf angesagt" hätten. Bei dieser Behauptung wird ihm allerdings selber etwas mulmig zumute gewesen sein, denn er verteidigt gewunden die Unterstützung der Brüning-Regierung bei der neuesten Notverordnung durch die SPD, indem er mit dem alten Trick kommt, daß die Nazis und Hugenberg die Einberufung des Reichstages zum Sturze der Regierung und zur Errichtung einer Diktatur benutzt hätten. Es ist also der alte Schwindel: Brüning sei besser als Hitler. Im Schlußwort erklärte Peters dann auch ganz offen:

„Für einen offenen Kampf ist jetzt die denkbar ungünstigste Zeit!"

Eine Resolution wurde schließlich einstimmig, auch mit den Stimmen der Brandlerianer und anderen Renegaten angenommen, in der von den Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften der „schärfste Kampf gegen die Notverordnung gefordert und erwartet" wird und „daß kein Mittel unversucht bleibt, um eine weitere (!!) Verelendung der Arbeiterschaft zu verhindern".

Mit solchen radikalen Phrasen glauben die Herrschaften vom Schlage eines Peters und Buchholz die Arbeiterklasse erneut einzuseifen und über den erbärmlichen Verrat der SPD hinwegzutäuschen. Es ist deswegen nicht uninteressant zu hören, was der Führer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, am 18. Juni in einem programmatischen Artikel in der „Kölnischen Zeitung" über die Gewerkschaften schreibt. Er appelliert an die Schwerindustrie, und meint in bezug auf die Durchführung des Programms derselben:

„Wer glaubt, daß das möglich wäre durch eine Zerschlagung der Gewerkschaften, den muß ich enttäuschen. Die Gewerkschaften bilden auch für die Zukunft unzweifelhaft eine unentbehrliche Grundlage der Weiterentwicklung und Umwandlung unserer inneren Zustände."

Das stimmt auffallend! Die Gewerkschaften werden niemals einen wirklichen Kampf gegen die Hungerpolitik des deutschen Finanzkapitals und seiner Regierung führen. Die Gewerkschaften werden im Gegenteil den Arbeitern immer wieder vorschwindeln, daß jetzt die ungünstigste Zeit zum Kämpfen sei. Herr Dingeldey kann sich auf den Gewerkschafts apparat als willenloses Instrument zur Herbeiführung der inneren Umwandlung zum Faschismus absolut verlassen. Eine andere Frage ist allerdings die, wie lange die Gewerkschaftsmitglieder das noch mitmachen. Der ständig wachsende Einfluß der RGO, die ununterbrochen steigende Welle von Streiks und Lohnkämpfen gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaftsbonzen beweist, daß diese Basis der Hoffnungen des Herrn Dingeldey sich ständig verkleinert. Daran werden auch alle Einseifungsversuche der Peters und Konsorten nichts ändern.

„Kampf gegen Faschismus, d. h. Kampf gegen Brüning"

Die Breslauer SPD-Funktionäre zum neuen Verbrechen ihrer Partei

Am Mittwoch fand die Vertreterversammlung der Breslauer SPD statt, die zum Parteitag, zu der Haltung der Reichstagsfraktion und zur politischen Haltung ihres Organs, der „Volkswacht", Stellung nahm. Eckstein berichtete über den Parteitag, Ziegler über die Sitzung der Reichstagsfraktion. Nach dem Bericht der „Volkswacht" sagte Eckstein unter anderem:

„Unbefriedigend war auch die Haltung des Parteitages gegenüber Sowjetrußland; wir haben keinerlei Veranlassung, mit hämischer Schadenfreude Fehler dieses Systems zu verurteilen."

Aus Zieglers Ausführungen erfährt man nochmals, daß die Forderung auf Einberufung des Haushaltsausschusses keineswegs nur eine „Anregung" war, wie es nachher Wels und Löbe im Aeltestenrat behaupteten, sondern ein konkreter Beschluß der Fraktion, der nach der erneuten Drohung Brünings durch eine schwache Mehrheit am Nachmittag wieder über den Haufen geworfen wurde.

In der Diskussion erklärte Kuhnert: „Den kranken Körper des Kapitalismus können wir nicht heilen, sondern ihm nur noch einen Stoß geben."

Der Diskussionsredner Stope antwortete einem Vorredner, der die Einhaltung der Parteitagsbeschlüsse forderte, daß die Reichstagsfraktion sich selbst nicht an die Beschlüsse des Parteitages gehalten hätte. Sehr richtig erklärte er: „Ein Kampf gegen den Faschismus braucht die Arbeiterschaft, die den letzten Krieg mitgemacht hat, nicht zu fürchten."

Mit überwiegender Mehrheit wurde eine Entschließung zur Lage angenommen, die charakteristisch für die Stimmung der Breslauer SPD-Arbeiter ist. In dieser Entschließung heißt es:

„Die Notverordnung zerstört die Grundlagen der noch vorhandenen deutschen Sozialpolitik, setzt den Lohnraub fort, ist ein Hohn auf jede Steuergerechtigkeit. Die Vertreterversammlung fordert von der Reichstagsfraktion, für die Einberufung des Reichstages einzutreten und im Reichstag für die Aufhebung der Notverordnung zu stimmen."

Einen Dreck werden die Breitscheid, Wels und Löbe tun. Was kümmert sie der Protest der eigenen Mitglieder.

Nazis untereinander

Vor einigen Tagen kam es in Danzig zu einer schweren Schlägerei zwischen Hitler- und Stennes-Anhängern. Es gab blutige Köpfe. Sechs Stennes-Anhänger wurden verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert, darunter der SA-Führer Linzmayer.

Metallarbeiter streiken weiter!

Auch die Chauffeure im Kampf — Abwürgungsmanöver geplant

Halle, den 22. Juni.

Die Streikfront bei der Firma Spaaß in Diemitz hat sich erweitert. Während am Sonnabend morgen noch die Chauffeure in den Betrieb gingen, um mit ihren Autos Draht nach Zerbst zu befördern, haben sie heute die Arbeit eingestellt.

Der DMV plant für Dienstag früh eine Betriebsratssitzung und eine Belegschaftsversammlung der freigewerkschaftlich organisierten Mitglieder. Außerdem soll ein neuer Anschlag herauskommen, um die Belegschaft aufzufordern, unter diesen und jenen Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Belegschaft muß und wird aber an ihren Forderungen festhalten.

Der DMV, der in trauter Gemeinschaft mit der stockreaktionären „Saale-Zeitung" im „Volksblatt" eine wilde Hetze gegen den Streik und die RGO seit Tagen unternommen hat, wird mit diesen Manövern versuchen, die bisher geschlossen stehende Streikfront der Metallarbeiter bei Spaaß zu zerschlagen. Nicht Zerschlagung des Streiks kommt in Frage, sondern trotz allen Terrors die Erweiterung der Kampffront gegen jeden Lohnraub und für die Kampfforderungen, die einstimmig von den Streikenden aufgestellt worden sind. Den DMV-Bonzen wird auch am morgigen Dienstag klargemacht werden, daß die Metallarbeiter fest zur RGO stehen und ihren Kampf gegen den Lohnraub, der gleichzeitig ein solcher gegen die Brüningschen Notverordnungen darstellt, bis zum siegreichen Ende führen!

Die streikende Belegschaft der Firma Spaaß hat zur Finanzierung der Delegation des Industriegruppenleiters für die Gruppe Metall zur Reichskonferenz der RGO in Berlin die Summe von 7,35 Mark gesammelt. Dieses leuchtende Beispiel von Solidarität und Opferwilligkeit dieser streikenden Metallarbeiter widerlegt am besten den törichten Schwindel von dem Streikterror durch die RGO und zeigt gleichzeitig, daß die Streikenden gewillt sind, zähe und fest für die Verwirklichung ihrer Forderungen unter Führung der RGO zu kämpfen.

Die RGO auf dem Vormarsch

Eine arbeitsreiche Reichsfunktionärkonferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition

(Eig. Drahtm.) Berlin, 22. Juni.

Am 20. und 21. Juni fand in Berlin eine Reichsfunktionärkonferenz der RGO statt, die von 226 Delegierten und zahlreichen sonstigen Teilnehmern besucht war. Im Mittelpunkt der Konferenz stand das Referat des Genossen Dahlem zur Lage, der besonders den Kampf gegen die ungeheuerliche Notverordnung besprach. In der ausgedehnten Diskussion berichteten die Delegierten über den Vormarsch der RGO und über die Erbitterung und den wachsenden Kampfwillen der arbeitenden Massen in Stadt und Land. Die Konferenz erhob leidenschaftlichen Protest gegen die Notverordnung und faßte einstimmig die Kampfbeschlüsse.

Die Konferenz ruft der Arbeiterschaft zu, sich gegen jede Verschlechterung des proletarischen Einkommens mit der Waffe des Streiks zu wehren. Gegen die heuchlerischen verlogenen Erklärungen der ADGB- und SPD-Führer, die ihre Schuld an der Notverordnung ableugnen wollen, beschloß die Konferenz eine Gegenerklärung, in der vor der gesamten Arbeiterklasse festgestellt wird, daß die Angaben des Parteivorstandes der SPD und des ADGB-Vorstandes freche Lügen sind, die deshalb in die Welt gesetzt werden, damit die enttäuschten Arbeiter nicht überall gegen die sozialfaschistische Brüning-Politik rebellieren und den Weg zur roten Klassenfront gehen.

Die Konferenz beschloß ferner einen Appell an die sozialdemokratischen Arbeiter, in dem sie aufgefordert werden, sich in die rote Einheitsfront einzureihen und mitzukämpfen gegen die mörderische kapitalistische Ausplünderung.

Weiter erhob die Reichsfunktionärkonferenz den schärfsten Protest gegen das Verbot der Spartakiade.

„Freiheit" auf 14 Tage verboten

(Eig. Meldg.) Düsseldorf, 20. Juni.

Nachdem bereits vorgestern die Düsseldorfer „Freiheit" von der Kriminalpolizei beschlagnahmt worden war, hat heute der Oberpräsident der Rheinprovinz, der Zentrumsmann Fuchs, die „Freiheit" mit ihren Kopfblättern auf die Dauer von zwei Wochen verboten. Begründet wird dieses Verbot mit einem aus Anlaß des am kommenden Sonntag stattfindenden Besuches des Reichskanzlers Brüning in Düsseldorf erschienenen Artikel, der angeblich „Beschimpfungen" Brünings und „Aufforderungen zu politischen Gewalttätigkeiten und Gesetzesverletzungen" enthalten soll.

Wie Verbote den Hunger nicht stillen können, so können sie auch die Wogen der Empörung nicht eindämmen.

SOS-Rufe der SPD-Führer

Ein Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes — Ein Produkt der Feigheit, der Verzweiflung und der Dreistigkeit

Der Parteivorstand der Sozialdemokratie wendet sich in einem Aufruf, der in der gesamten SPD-Presse abgedruckt wird, an seine Mitglieder, worin er seine volksverräterische Politik, die in den letzten Tagen einen Sturm der Empörung in der sozialdemokratischen Mitgliedschaft ausgelöst hat, verteidigt. Dieser Aufruf ist ein Produkt der panischen Furcht vor der Abrechnung, der Feigheit und Verzweiflung, aber gleichzeitig der zynischen Frechheit. Die politischen Bankrotteure des Parteivorstandes wagen es, in diesem Aufruf folgendes zu schreiben:

„Die Sozialdemokratie will von dem, was jene (die Kommunisten, d. Red.) wollen, das gerade Gegenteil. Schutz der Massen vor wachsender Verelendung, nicht die Katastrophe und nicht den Bürgerkrieg! Sie will gerechte Maßnahmen, um die sozialen Leistungen zu erhalten. Der Rechtsdiktatur durch Steigerung des Elends den Weg zu ebnen, das überläßt sie den Kommunisten."

Ist das nicht ungeheuerlich? Wer hat in der ganzen Vergangenheit die Massen vor wachsender Verelendung nicht geschützt? Wer hat besonders seit der Hermann-Müller-Regierung und später von Notverordnung zu Notverordnung alle „Maßnahmen, um die sozialen Leistungen zu erhalten", die von den Kommunisten vorgeschlagen wurden, niedergestimmt? Wer ist neben der kapitalistischen Anarchie hauptverantwortlich für die „Steigerung des Elends"? Die sozialdemokratische Koalitions- und Tolerierungspolitik in der Vergangenheit und heute!

Dann gesteht die SPD-Führung Satz für Satz ihr Verbrechen:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat richtig gehandelt, indem sie für diesen Zeitpunkt die Einberufung des Reichstags ablehnte. Sie hat richtig gehandelt, indem sie auf den sofortigen Zusammentritt des Haushaltsausschusses verzichtete."

Der sozialdemokratische Parteivorstand bildet sich ein, daß er den von der Notverordnung betroffenen Erwerbslosen, Arbeitern und Beamten dreist einreden könnte, die Sozialdemokratie hätte richtig gehandelt.

Jedes Wort der „Begründung" des sozialdemokratischen Führerverrats ist eine freche Lüge und Heuchelei.

Dabei wagen die Brüning-Sozialisten auch noch davon zu sprechen, daß für sie „das Verfagen des kapitalistischen Systems den Kampf für den Sozialismus zur Forderung des Tages gemacht" hat. Wir fragen wiederum, mit welchen politischen Mitteln will der Parteivorstand die „Tagesforderung", das sozialistische System an Stelle des kapitalistischen zu setzen, durchführen? Vielleicht mit der „staatsmännischen Klugheit" des Lords Breitscheid oder des Freundes Hindenburgs, Otto Brauns?

Die SPD-Führer sind am Ende ihres Lateins.

Sie wissen, daß sie die längste Zeit die stärkste Partei in Deutschland waren und daß auch hier die Kommunistische Partei das Erbe antritt. Es ist daher schon verständlich, daß sie verzweifelt sind. Aber die Partei der Polizeipräsidenten und der ganzen ruchlosen Vergangenheit, für die heute die Arbeiterklasse büßen und bluten muß, hat keine Aussicht, vor dem erwachenden Proletariat Gnade zu finden. Wie ein Notschrei klingt die Aufforderung des Parteivorstandes in diesem Aufruf an seine Mitglieder: „Zerreißt doch endlich das Lügengebilde der Gegner." Nein, es sind keine Lügen, die die Kommunisten gegen die Sozialdemokratie ins Feld führen. Wären es Lügen, so würden heute nicht die eigenen Mitglieder in den Versammlungen und den verschiedenen Zeitungen der Sozialdemokratie dieselben Anschuldigungen erheben, wie wir sie seit Jahren erhoben haben.

Bemerkenswert an diesem Aufruf ist vor allen Dingen, daß die Parole von Wels: „Wo bleibt der zweite Mann?", vollkommen fehlt. Ein stilles Begräbnis. Es hätte auch wie Selbstverhöhnung geklungen, angesichts der täglichen Uebertritte sozialdemokratischer Arbeiter und Funktionäre zur Kommunistischen Partei.

Es ist die historische Aufgabe des deutschen Proletariats und nicht nur der Kommunistischen Partei, die Sozialdemokratie im politischen Kampf zu überwinden. Im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung, der kommenden deutschen Revolution und der sozialistischen Zukunft muß der Niedergang dieser Partei, den auch dieser Aufruf kennzeichnet, durch das Proletariat selbst beschleunigt werden.

Die Ereignisse überstürzen sich. Die Krise verschärft sich. Die kommenden Monate werden angefüllt sein von Klassenkämpfen größten Formats. Wir haben keine Zeit zu verlieren. Heran an die sozialdemokratischen Arbeiter! Heran an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in allen Verbänden! Erobert die Betriebe! Stellt im Tageskampf um eure elementarsten Forderungen die Einheitsfront aller werktätigen Schichten her. Verstärkt die Volksaktion gegen den Hungerkurs der Volksfeinde und den Faschismus unter Führung der Kommunistischen Partei, der einzigen deutschen Arbeiterpartei!

Polizeiüberfälle auf erholungssuchende Arbeiter in Berlin

Berlin, 22. Juni. (Eig. Drahtm.)

Zu schweren Polizeiüberfällen auf sportreibende Arbeiter kam es am gestrigen Sonntag im Grunewald unweit des „hohen Fenstes". Dort hatten sich Tausende von Sportlern und erholungssuchenden Arbeitern angesammelt. Nach einer Rede eines Arbeitersportlers kam es zu spontanen Demonstrationen gegen das Spartakiade-Verbot. Die Polizei rückte mit mehreren Ueberfallkommandos an und versuchte, die erholungssuchenden Massen zu zerstreuen. Das brutale Vorgehen der Polizei löste selbstverständlich eine ungeheure Empörung aus. Die Massen setzten der Polizei Widerstand entgegen, so daß es der Polizei unmöglich war, diese zu vertreiben. Erst als mehrere hundert Schupos heangezogen worden waren, gelang es, den Widerstand zu brechen und die durch Ausflügler immer mehranschwellende Masse zu vertreiben. Daneben wurde eine große Reihe von Verhaftungen vorgenommen. Viele Anwesenden mußten ihre Kleidung abgeben, weil die Kittel angeblich die Uniformkittel verbotener Organisationen sein sollten. Nach dem Polizeibericht soll die Polizei mit Steinen beworfen worden sein.

An die falsche Adresse gekommen

Nazis provozieren und müssen dann flüchten

Berlin, 22. Juni (Eig. Drahtm.)

In der Nähe von Schmöckwitz bei Berlin wurde eine Gruppe von heimwärtswandernden Arbeitersportlern plötzlich aus dem Hinterhalt überfallen. Mit Knüppeln und Dolchen fielen die Nazis über die Arbeitersportler her, die sich alle sofort zur Wehr setzten. Es kam zu einer sch ren Schlacht. Die Nazis, die auf solch erbitterten Widerstand nicht vorbereitet waren, mußten schließlich flüchten. Vier Nazis sollen in das Köpenicker Krankenhaus eingeliefert worden sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610193106 22-19/fragment/page=0002

Vorstoß der Wilhelmstraße gegen Moskau

Ein „Germania"-Artikel — Störungsmanöver gegen Verhandlung Paris—Moskau

Die „Germania" veröffentlichte vor einigen Tagen unter dem Titel „Unser Verhältnis zu Rußland" einen mit Y. gezeichneten, offensichtlich von der Wilhelmstraße inspizierten Artikel, der in der ganzen Welt größtes Aufsehen erregt.

Der Artikel beschäftigt sich mit der bevorstehenden Erneuerung des ablaufenden deutsch-russischen Vertrages von 1925, des sogenannten Berliner Vertrags, und behauptet in diesem Zusammenhang, daß die Sowjetregierung die deutsche Reichsregierung über die deutsche Botschaft in Moskau laufend und genau über die gegenwärtigen französisch-russischen Verhandlungen informiere, und daß die Sowjetregierung mit Berlin ein Abkommen getroffen habe, über die Rückgabe von Oberschlesien und des Korridors an Deutschland.

Der Anonymus der „Germania" weist auf die französisch-russischen Verhandlungen hin und fährt dann wörtlich fort:

„Es tauchen soweit nur zwei Fragen auf ... Erstens: haben die Russen von Anfang an im Geiste des Berliner Vertrages die deutsche Regierung von ihren Verhandlungen mit Frankreich benachrichtigt und wird Deutschland weiter auf dem Laufenden gehalten?

Zweitens: Hat Rußland Garantien dafür gegeben, daß die Besprechungen mit Frankreich nicht zur Basis für weitere umfassende Verhandlungen im Osten unter französisch-polnischer Aegide führen, die dann schließlich zu dem von Polen gewünschten Ostlocarno führen müßten, ohne daß die Bedingung Deutschlands für solches Ostlocarno, nämlich die Rückgabe von Oberschlesien und des Korridors, von polnischer Seite erfüllt wäre?"

Die „Germania" stellt fest, daß beide Fragen zu bejahen sind:

„Wie wir aus Moskau hören, ist unsere Botschaft über die Verhandlungen mit Frankreich fortlaufend unterrichtet und wir werden über ihren Fortgang weiter orientiert.

Bezüglich der zweiten Frage liegen bindende Zusicherungen seitens der Russen vor, die uns vollkommen beruhigen können."

★

Die Mitteilungen der „Germania" werden von einer Reihe deutscher Blätter in sensationeller Aufmachung wiedergegeben und kommentiert.

Die Berliner „Volkszeitung" schreibt u. a.:

„Es ist schwer, die Bedeutung dieser Mitteilung und der sich daraus ergebenden außenpolitischen Folgen schon heute zu ermessen. In Paris und sicherlich auch in Warschau wird die Verlautbarung im jetzigen Augenblick großes Aufsehen und Befremden hervorrufen.

Es ist bekannt, daß die ursprünglich als Wirtschaftsverhandlungen in Paris zwischen Sowjetrußland und Frankreich eingeleiteten Besprechungen seit einiger Zeit auf einen politischen Nichtangriffspakt hinsteuern.

In diese Verhandlungen hinein platzt die offiziöse Erklärung des Regierungsblattes, die ganz offen den deutsch-russischen Vertrag als ein russisches Anerkenntnis der deutschen Ansprüche auf den Korridor und Oberschlesien reklamiert.

Ja, es wird der Anschein erweckt, als ob gewissermaßen ein stillschweigendes Einverständnis zwischen der deutschen und der russischen Regierung besteht, daß beide gemeinsam eines Tages für die Rückgabe der an Polen abgetretenen Gebiete eintreten würden.

Was soll diese aufsehenerregende Mitteilung bedeuten, in einem Augenblick, da die deutschen Botschafter aus aller Welt in Berlin versammelt sind, um die Instruktionen für die Einleitung der Revision der Reparationsfrage entgegenzunehmen?

Die Folgen der Veröffentlichung der „Germania" dürften unter Umständen verheerender sein als die des Zollunionsplanes gewesen sind."

★

Auch wir fragen: Welchen Sinn und Zweck hat dieser aufsehenerregende Vorstoß des deutschen Regierungsorgans? — Es ist kein Geheimnis, daß die Sowjetregierung den Versailler Friedensvertrag und alle Verträge und Abkommen, die auf jenem fußen, niemals anerkannt hat und auch niemals anerkennen wird. Die Zerstückelung Deutschlands durch den Versailler Vertrag wurde von Moskau niemals anerkannt. Aber die Sowjetregierung wird in strenger Befolgung ihrer Friedenspolitik auch niemals mit einer kapitalistischen Regierung ein Abkommen treffen, das den Frieden gefährden könnte.

Die Veröffentlichung der „Germania" ist ein diplomatisches Manöver mit allzu durchsichtigen Zwecken. Die Brüningregierung will die Verhandlungen der Sowjetunion mit Frankreich, von denen die deutschen Kapitalisten eine neue Konkurrenz hinsichtlich der ersehnten Sowjetaufträge fürchten, stören und gleichzeitig die Sowjetregierung angesichts der bevorstehenden Erneuerung des Berliner Vertrages unter Druck setzen. Der Artikel der „Germania" entpuppt sich bei näherem Zusehen als ein Versuch, die deutsch-französische Annäherung auf Kosten der Sowjetunion zu fördern. Ein plumpes Spiel, das sich selbst entlarvt!

Fünfjahrplan im Turbinenbau verwirklicht!

Größte kapitalistische Weltfirma überflügelt — Ende 1931 Ziffern des Fünfjahrplans verdoppelt

Moskau, 20. Juni. Das Stalinwerk in Leningrad vollendet jetzt die Maximalvariante des Fünfjahrplans im Turbinenbau in der Gesamthöhe von 420 000 Kilowatt und wird Ende 1931 den Fünfjahrplan ums Doppelte überholt haben.

Das Stalinwerk hat bereits den Bau einer Turbine von 50 000 Kilowatt, die somit der Gesamtleistung des Wolchowstroj gleichkommt, in Angriff genommen. Es bereitet für das Jahr 1932 den Bau einer Dampfturbine mit einer Leistungsfähigkeit von 75 000 Kilowatt vor.

An Kilowattzahl und Leistungsfähigkeit der Turbinen hat das Stalinwerk bereits die amerikanische Firma Metropolitain Vickers eingeholt, in bezug auf die Entwicklung der Konstruktionstätigkeit hat es diese größte kapitalistische Firma sogar überholt. Vickers hat die Zahl seiner Ingenieure und Werkmeister, die im Stalinwerk arbeiten, noch weiter erhöht, damit sie die Errungenschaften des Sowjetkesselbaus studieren. Vickers hat begonnen, die Sowjeterrungenschaften in seinen Werken anzuwenden.

Diese Erfolge haben die Arbeiter des Stalinwerkes auf der Basis der Durchführung der Generallinie der Partei und des energischen Kampfes gegen die Opportunisten aller Schattierungen erzielt.

Die Antwort auf Odalen

Massenzustrom zur Kommunistischen Partei

Stockholm, 20. Juni. Ein Massenzustrom von parteilosen, sozialdemokratischen und solchen Arbeitern, die bisher den rechten Renegaten folgten, hat zur KP. eingesetzt. Allein in der letzten Woche hat die Kommunistische Partei Schwedens 8 neue Parteimitglieder des zentralen Streikkomitees erlassen. Sie werden der „Plünderung" beschuldigt. Die Ursache dieser Verhaftungsbefehle sind also die heroischen Barrikadenkämpfe in Roubaix.

Heute drang die Polizei in das Lokal des zentralen Streikkomitees ein und verhaftete zwei Funktionäre.

Die Unternehmer beabsichtigen, ihre Betriebe am Montag wieder zu öffnen. Sie setzen ihre Hoffnungen darauf, daß nach den ungeheuerlichen Polizeiaktionen gegen die revolutionäre Führung des Kampfes die verräterischen Manöver der Reformisten Verwirrung unter den Streikenden schaffen.

Verschärfte Streiklage im amerikanischen Bergbaurevier

Neuyork, 20. Juni. Der von der revolutionären Bergarbeitergewerkschaft geführte Streik der Kohlenarbeiter greift auf neue Gebiete Pennsylvaniens, Ohios und West-Virginiens über. Der revolutionäre Bergarbeiterverband schätzt jetzt die Zahl der Streikenden auf 35 000.

Frauen und Kinder der Streikenden, zehntausend an der Zahl, marschierten in Washington (Pennsylvanien) auf und verlangten Unterstützung für die hungernden Familien der streikenden Arbeiter, unentgeltliche Versorgung der Kinder mit Milch, Abberufung der bewaffneten Polizei, Freilassung der verhafteten streikenden Bergarbeiter.

Tompson, ein Organisator des revolutionären Bergarbeiterverbandes, wurde in Saint-Clarrsville wegen „Organisierung einer rechtswidrigen Gewerkschaftsbewegung" verhaftet. Im Streikgebiet wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Im Bezirk Pittsburg wurde dem revolutionären Bergarbeiterverband durch besondere Verordnung verboten, Streikposten aufzustellen und die Arbeiter zum Streik aufzurufen.

Die Krise des amerikanischen Handels

EP. Washington, 20. Juni. Der amerikanische Außenhandel weist nach den für die ersten fünf Monate dieses Jahres veröffentlichten Ziffern weiter eine stark rückläufige Bewegung auf, und zwar zeigen die Ziffern einen Einfuhrüberschuß von 193,7 (295) Millionen Dollar. Die Einfuhr betrug 1129,7 (1780) Millionen Dollar, die Ausfuhr 936 (1485) Millionen Dollar.

Dieser Rückgang des amerikanischen Außenhandels hat sich auch im Mai fortgesetzt, der das niedrigste Außenhandelsvolumen seit Oktober 1914 aufweist.

Panik der polnischen Bourgeoisie

angesichts der revolutionären Aktionen der oberschlesischen Arbeiterschaft

Kattowitz, den 20. Juni. In Kattowitz und anderen Orten Ostoberschlesiens fanden Mittwoch abend wieder Arbeitslosenkundgebungen statt. Dabei geriet die Polizei in Rosdzin-Schoppinitz in eine bedrohliche Lage. Erst mit Tränengas gelang es, die Demonstranten zu zerstreuen.

In Bogutschütz, Schoppinitz, Schwientochlowitz, Königshütte und Hohenlinde fanden im Laufe des gestrigen Tages gleichfalls Demonstrationen von Arbeitslosen statt. Die Polizei wütete mit dem Gummiknüppel und wandte auch Tränengasbomben an.

Die revolutionären Kundgebungen der hungernden Massen in Oberschlesien sind der polnischen Bourgeoisie derartig in die Knochen gefahren, daß heute im schlesischen Sejm sogar Vertreter bürgerlicher Parteien für „Abwendung der drohenden Katastrophe" sofortige Bereitstellung von Mitteln zur Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung fordern mußten.

EÇA DE QUEIROZ

Das Verbrechen des Paters Amaro

Copyright Neuer Deutscher Verlag a Berlin W 8.

6. Fortsetzung

„Selbstverständlich!" erwiderte der Graf, „aber es darf sich nur um religiöse Dienste, um Dienste an der Kirche handeln — nicht um Gefälligkeiten gegen den Staat."

Der Mann mit dem wundervollen schwarzen Stutzbart machte eine Geste, um etwas zu bemerken:

„Finden Sie nicht?!" fragte ihn der Graf.

„Ich habe vor der Meinung Eurer Exzellenz höchste Achtung, wenn Sie mir aber erlauben ... Jawohl, sage ich, die Pfarrer in der Stadt können uns in Wahlkrisen große Dienste tun! Sehr große Dienste!"

„Ich habe vor der Meinung Eurer Exzellenz höchste Achtung, wenn Sie mir aber erlauben ... Jawohl, sage ich, die Pfarrer in der Stadt können uns in Wahlkrisen große Dienste tun! Sehr große Dienste!"

Nach einer Woche erfuhr Amaro seine Ernennung.

Viertes Kapitel

Am nächsten Tage besprach man in Leiria die Ankunft des neuen Pfarrers. Alle wußten schon, er habe einen Blechkoffer mitgebracht, sei schmal und groß und nenne den Domherrn „Pater Lehrer".

Um neun Uhr war Amaro fortgegangen. Nach der Messe hatte er mit dem Domherrn Dias zusammen den Kanzler besucht. Er überreichte ihm das Empfehlungsschreiben des Herrn Grafen Ribamar: „Ich kenne den Herrn Grafen sehr gut!" sagte der Kanzler, „Sechsundvierzig in Porto machte ich seine Bekanntschaft. Wir sind alte Freunde — damals war ich Pfarrer von Sao Ildefonso — — Wie viele Jahre ist das her!"

Die Herren Geistlichen lachten fröhlich. Man redete sehr herzlich miteinander. Amaro war höchst erbaut von diesem Besuch.

Dann aß er im Hause des Domherrn zu Mittag. Später machten beide auf der Chaussee nach Marazes einen Spaziergang. Ein sanftes verhaltenes Licht durchstrahlte alle Felder. Von den Bauernhöfen stieg weißblasser Rauch in die Luft. Die Hügel sahen müde aus, als ob sie friedlich ruhten. Man hörte das stumpfe Geläut heimkehrender Viehherden. Amaro blieb bei der Brücke stehen. Er schaute in die liebliche Landschaft ringsum:

„Alles, was recht ist! Mir will es scheinen, daß sich's hier gut sein läßt!"

„Und ob!" versicherte der Domherr und schnupfte eine Prise.

Als es acht Uhr geschlagen hatte, betraten sie das Haus der Senhora Joanneira.

Schon saßen die alten Freundinnen des Hauses im Eßzimmer. Neben der Petroleumlampe nähte Amelia.

Senhora Donna Maria da Assumpçao war, wie am Sonntag, in schwarze Seide gehüllt. Ihre rötlichblonde Frisur bedeckten die Spitzen eines schwarzen Kopftuches. Ihre blassen Hände, die in Halbhandschuhen steckten, ruhten feierlich im Schoß. Ringe glitzerten an ihren Fingern. Aufrecht und würdig saß sie da. Ihren Kopf neigte sie ein wenig, und auf ihrer Sattelnase thronte eine goldene Brille. Am Kinn wuchs ein behaarter Leberfleck. Wenn man von Frömmigkeit oder von Wundern redete, so gab sich ihr Hals eine besondere Haltung, und ein stummes Lächeln öffnete ihren Mund, so daß ungeheure grünliche Zähne mit Stempeln über dem Zahnfleisch sichtbar wurden. Sie war Witwe und reich und litt an einem chronischen Katarrh.

„Das ist der neue Pfarrer, Donna Maria", sagte Senhora Joanneira zu ihr.

Sie erhob sich, machte in leiser Erregung einen Schritt vorwärts und blieb gerührt stehen.

„Hier sind die Damen Gansoso — Sie haben wohl schon von ihnen gehört?" fragte Senhora Joanneira den Pfarrer.

Amaro verbeugte sich schüchtern. Vor ihm standen zwei Schwestern. Die älteste von ihnen, Senhora Donna Joaquina Gansoso, war ein mageres Geschöpf mit gewaltig breiter Stirn, lebhaften Augen, einer Stülpnase und einem sehr verbissenen Mund. Steif und gerade umgab sie sich mit ihrem Schal und kreuzte die Arme. Sie sprach dauernd mit spitzer, durchdringender Stimme. Von den Menschen sagte sie nur Schlechtes und gab alles der Kirche.

Ihre Schwester, Senhora Donna Anna, war stocktaub. Niemals redete sie. Sie saß wohlgenährt in einem alten schwarzen Kleid mit gelben Streifen und döste den ganzen Abend vor sich hin. Nur von Zeit zu Zeit bekräftigte sie ihre Anwesenheit mit schrillen Seufzern. Alle bemitleideten sie und bewunderten ihre Fertigkeit, Papier für Konfektionsschachteln auszuschneiden.

Anwesend war auch Senhora Donna Josepha Dias, des Domherrn Schwester. Sie hatte den Spitznamen „die zerquetschte Kastanie". Denn auch sie war eine vertrocknete Person. Krumme Linien zeichneten ihre Gestalt. Ihre Haut war runzlig und pommeranzenfarbig, ihre Stimme zischend. Weil sie in beständiger Unruhe mit sich selbst lebte, hatte sie gereizte Augen. Sie wurde gefürchtet. Der bösartige Dr. Godinho, Freigeist und Spötter Leirias, nannte sie die „Kraftstation aller städtischen Intrigen".

Langsam begann das Gespräch — bei der schönen Landschaft Leirias. Senhora Donna Josepha liebte den Spaziergang am Fluß. Donna Joaquina zog die Kirche auf der Höhe vor.

„Da hat man einen herrlichen Ausblick!"

Und Amelia sagte lächelnd:

„Ich mag am liebsten diesen Winkel neben der Brücke unter dem Schlangenkraut." — Mit den Zähnen zerbiß sie den Nähfaden. — „Dort ist es so traurig!"

Amaro schaute sie nun zum ersten Male richtig an. Sie trug ein blaues Kleid, das sich fest an ihren Busen schmiegte. Ihr weißer voller Hals stieg aus einem umgelegten Kragen hervor. Zwischen den roten frischen Lippen schimmerten weiße Zähne. Es wollte dem Pfarrer scheinen, als ob ein leichter Bartflaum um ihre Mundwinkel einen zarten Schatten lege.

Danach gab es ein kurzes Schweigen. Dem Domherrn Dias zwinkerten schon die Augenlider. Er schob die Unterlippe vor.

„Was mag nur aus Pater Brito geworden sein?" fragte Donna Joaquina Gansoso.

„Er wird wohl sein ewiges Kopfweh haben, der Arme im Herrn", bemerkte Senhora Donna Maria fromm.

Ein junger Mann, der neben der Anrichte stand, äußerte hierauf:

„Ich sah ihn vorhin auf seiner Stute reiten ..."

„Menschenskind!" unterbrach ihn die Schwester des Domherrn voll Bitterkeit, „es wäre doch ein Wunder, wenn Sie ihn bemerkt hätten!"

„Warum denn, Senhora?"

Der junge Mann trat zu den alten Damen. Er war groß und vollkommen schwarz gekleidet. Gegen sein weißes, etwas abgespanntes Gesicht hob sich scharf ein Schnurrbart ab, an dessen hängenden Spitzen er zu knabbern pflegte.

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310622-19/fragment/page=0003

Rund um den Erdball

Der dritte Tag im Prozeß gegen Menschenschinder und Topfkratzer

Totschläger Straube als „Pionier von Scheuen"

In der Maske des Biedermanns verwandelt er die Fürsorgehölle in ein „Paradies der Freiheit"

(Von unserem Sonderberichterstatter)

Wir sinnlos die Einsperrung der jugendlichen Angeklagten war, offenbarte sich klar bei Beginn der Sonnabendverhandlung. Sämtliche Jungen, die am Freitagabend nach Aufhebung der Untersuchungshaft freigelassen worden waren, traten pünktlich und vollzählig zur Verhandlung an. Inzwischen war es auch gelungen, die beiden angeblich unauffindbaren Angeklagten herbeizuschaffen, mit deren Vernehmung das Verhör aller angeklagten 35 Zöglinge beendet ist.

Des Menschenschinders Entwicklung

Mit äußerster Spannung erwartet, beginnt heute die Vernehmung des Menschenschinders Straube. Er befindet sich jetzt im 53. Lebensjahr und ist seit 1898 Beamter. Im Anfang war er als Lehrer auf verschiedenen Dörfern tätig. Im Jahre 1908 ist er nach Berlin versetzt worden, und im Jahre 1927 erhielt er eine Anstellung auf Lebenszeit als Gemeindebeamter. Im Jahre 1926/27 entdeckte er sein Talent als Erzieher für Fürsorgezöglinge. Trotzdem er keine blasse Ahnung von der schwierigen Materie der Fürsorge hatte, beauftragte man ihn, auf seinen Vorschlag hin, mit der Einrichtung eines Kindererholungsheims der Stadt Berlin auf dem ehemaligen Militärflugplatz Scheuen. 27 Jungen wurden ihm gleich im Anfang leichtsinnigerweise anvertraut.

Sein System — das beste der Welt

Wie vorauszusehen war, konnte sich Straube auf die Dinge, auf die es ankam, beim „besten Willen nicht mehr besinnen". Die Verpflegung war seiner Meinung nach selbstverständlich einwandfrei. Natürlich, mußte er dann einräumen, sei mal hin und wieder auch das Essen nicht so ausgefallen, wie es wohl sein müßte. Auch von einer Gewaltherrschaft könne man nicht gut sprechen. Das System seiner Erziehung sei nicht falsch gewesen. Falsch sei vielmehr die Freiheit, die die Zöglinge besäßen. Die Jungens hätten sich so viel unterhalten und kritisieren können, wie sie wollten. Nur von Religion und Politik, da durfte nicht gesprochen werden! Die Zuhörer, die diesen gerichtsnotorischen Totschläger anhören mußten, faßten sich an den Kopf, ob sie recht hörten. Dieser Bursche wagte es tatsächlich, trotz des ungeheuren Belastungsmaterials, die Fürsorgehölle Scheunen als ein Paradies der Freiheit herauszustellen.

Straube als Volkserzieher

Im Brustton des ehrlichen Biedermannes gab dann Straube folgende Weisheiten zum besten: „Ich hatte mich freigemacht von jedem politischen Programm, weil ich das mit meiner Aufgabe als Volkserzieher nicht vereinbaren konnte. Ich lebte sehr einfach und ohne jeden Verkehr, hatte auch keine besondere Lebensführung." Als er in langatmigen und ruhmredigen Ausführungen über die Errichtung der Scheunenschen Fürsorgehölle sprach, wagte er es sogar, sich als den „Pionier von Scheuen" zu bezeichnen. Nie habe er Gutachten über „Burschen" gelesen, die man seiner Döhut anvertraute. Er wollte ihnen immer unvoreingenommen gegenübertreten. „Der Inspektor sollte Freund und Meister sein." (Mit Harkenstiel, Gummischlauch und Reitpeitsche! Die Red.)

Richter: Ja, und nun sagen Sie uns mal, Angeklagter, wie konnte es denn überhaupt zur Revolte kommen?

Straube: Mein System war nicht falsch, sondern die unlauteren Elemente befanden sich in einem ungünstigen Verhältnis zur Gesamtbelegschaft. Eine Revolte war eben in Scheuen leichter als anderswo, weil hier mit keinem Widerstand zu rechnen war.

Vorsitzender: War nicht im Jahre 1929 auch schon mal was passiert?

Straube: Das war ganz unbedeutend, darüber bin ich glatt hinweggegangen.

Bisher hatte der Menschenschinder wohlweislich noch kein Wort verlauten lassen über die einfach nicht wegzuleugnenden barbarischen Mißhandlungen. Erst auf die direkte Frage des Vorsitzenden muß er kleinlaut zugeben, daß ihm am Tage der Revolte der Zögling Pähr „dumm gekommen" sei. Um seine Autorität zu wahren, habe er ihm ein paar Ohrfeigen verabfolgt. Den Zögling Monka habe er jedoch nur angefaßt und geschüttelt. Dem Gustav Krüger, der ihn belogen habe, will er nur mit dem Gummiknüppel bedroht haben. Aus Fluchtversuchen der Verzweifelten versucht dieser Bursche „Spaziergänge" zu machen. Bei Mißhandlungen eines andern Zöglings gab er zu, mit einem „kleinen Zweig einen leichten Schlag" (Du, du Böser! die Red.) geführt zu haben, und keineswegs will er jemals Hunde auf die Zöglinge gehetzt haben.

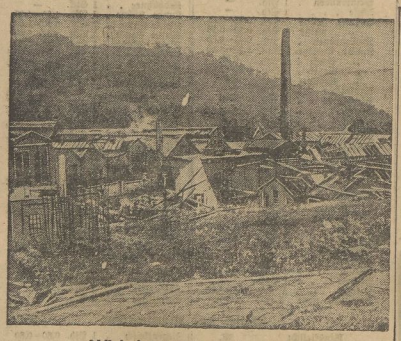
Der Vorsitzende unterbricht hier die Sitzung auf längere Zeit und gibt bekannt, daß der Vater eines Beisitzers gestorben sei und daß erst ein Ersatzmann herbeigeschafft werden müsse.

Unterdessen verhungert eine Welt...

Die Goldvorräte in Pariser, London er und Neuyorker Banken steigen ins phantastische. Die Deutsche Reichsbank, gezwungen durch neue ausländische Kreditkündigung und durch die landesverräterische Kapitalflucht unserer „Patrioten", mußte abermals 60 Millionen Mark in Gold den Dollarhyänen in den gierigen Rachen stopfen. Hundsmiserabel entlohnte Beamte verla den gerade die Goldbarren für den Transport nach Amerika. Und unterdessen verhun gert eine Welt ...

„Dicke Berta" heute noch Attrappe

Bei einer Kriegsspielübung, die kürzlich die englischen Imperialisten veranstalteten, verwendete man die Attrappe der aus dem letzten Völkermord rühmlichst bekannten „Dicken Berta" als Angriffsziel der Militärflugzeuge. Rechts oben sehen wir eine Maschine, die durch starke Rauchentwicklung sich den Schüssen ihrer Gegner zu entziehen sucht. Sind die internationalen Kriegstreiber nun so dusselig oder stellen sie sich nur so an, zu glauben, daß auch nur ein aufrechter Prolet sich für sie noch einmal als Schlachtvieh mißbrauchen läßt?

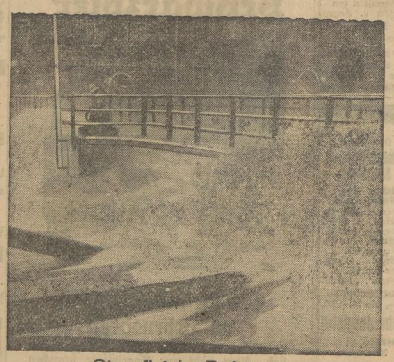


Wirbelsturm über Westfalen

Das Tal der Else in Westfalen wurde von einem Wirbelsturm heimgesucht, der überall schwerste Verwüstungen anrichtete. Besonders betroffen wurde die Stadt Plettenberg. Im Vordergrund die Stelle, an der früher ein Haus stand, das vom Sturm fortgerissen wurde

Räuber hüten ihre Beute

So wie im Mittelalter die adligen Strauchdiebe, Schnapphähne und Wegelagerer ihre Burgen mit allerlei Sicherungen befestigten, so verwenden auch die Raubritter von heute, also die Industrieritter und Bankfürsten, einen Teil der dem Proletariat geraubten Beute zur Befestigung ihrer Geldburgen. Unser Bild zeigt das Neueste auf dem Gebiet der Bankensicherung: Das Tresoroskop, dessen Handhabung so unauffällig ist, daß der Knacker nicht merkt, daß er beobachtet wird.



Sturmflut des Bodensees

Von den schweren Stürmen über Oesterreich und Süddeutschland wurde auch der Bodensee betroffen. Eine Vorstellung von der Gewalt des Orkans kann man sich durch dieses Bild machen, das die Sturmflut an der Kaimauer in Meersburg zeigt

Verantwortlich: Wilhelm Pankow, Berlin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610193106 22-19/fragment/page=0004

Aus der Arbeit der R.G.O.

Gegen die Aufhebung des Nachtbackverbots

Die am 18. 6. von der RGO (Industriegruppe Nahrungsmittel und Getränke) einberufene Protestversammlung gegen die Aufhebung des Nachtbackverbotes war von Bäckern und Bäckermeistern besucht. Zu den Versammlungsbesuchern zählten auch Bäckereiarbeiter, die unorganisier waren, und die teilweise den reformistischen und christlichen Gewerkschaften angehören. Dieses gab der Versammlung eine besondere Bedeutung. Der Besuch war infolge der kurzen Vorbereitung noch etwas schwach in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung. Die Kleingewerbetreibenden, selbständigen Bäckermeister sind gegen die Aufhebung des Nachtbackverbots. Mit Recht fürchten sie durch die Aufhebung dieses Verbotes den Untergang ihrer Existenz. In diesen Kreisen macht sich die Proletarisierung der Mittelschichten durch das Finanzkapital (in diesem Fall die Großfabrikanten) besonders bemerkbar und das wurde im Referat klar aufgezeigt. Es bildete sich ein neues Kampforgan von unten, ein Kampfausschuß gegen die Aufhebung des Nachtbackverbotes. Dieser Kampfausschuß setzt sich aus 10 Personen zusammen. Es sind darin vertreten die Arbeiter aus Groß- und handwerksmäßigen Betrieben, ein selbständiger Bäckermeister wurde ebenfalls mit hineingewählt, der zu seiner Wahl freudig die Zustimmung gab. Dem Kampfausschuß ist die Aufgabe gestellt, durch seine Vertreter in Groß- und Kleinbetrieben eine breite Massenbewegung zu entfalten, nicht nur in Halle, sondern im ganzen Bezirk. **Darüber hinaus muß sich die Partei und RGO der Bewegung im Reichsmaßstabe annehmen. In der Diskussion sprachen 7 Redner. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Resolution zeigt die Gefahren der Aufhebung des Nachtbackverbotes auf, wendet sich schärfstens gegen die Aufhebung desselben und soll die Massenmobilisierung unterstützen.**

Leere Kassen im Buchdrucker-Verband

Die soeben erschienene Nr. 8 des „Graphischen Block", Reichsorgan der RGO, graphisches Gewerbe, bringt geradezu sensationelle Ziffern über die Auswirkungen der sozialfaschistischen Politik auf die Gewerkschaftsfinanzen. Das Verbandsvermögen des Buchdruckerverbandes ist katastrophal entwertet, festgefroren und zusammengeschmolzen. Es fehlt fürchterlich an flüssigen Mitteln. Laut Bilanz vom 31. März 1929 waren 2 757 601,35 Mark flüssiges Geld vorhanden. Laut Bilanz vom 31. März 1931 nur noch 110 318 Mark. Der Bargeldmangel des Verbandes muß ungeheuer sein. Die einlaufenden Beiträge scheinen kaum noch zur Deckung der laufenden Verpflichtungen zu reichen. Das Konto „Unterstützungsreserve", das mit 2 906 629 Mark in der Bilanz erscheint, ist wahrscheinlich eine Sammlung von sogenannten Wertpapieren, die vor der Hand von niemand gekauft werden, die sehr leicht den Wert der Kriegsanleihestücke seligen Angedenkens bekommen können.

Die Politik der sozialfaschistischen Bürokratie hat zu diesen Zuständen geführt. Die Gewerkschaftsbürokratie hat es z. B. mitverschuldet, daß heute zehntausende graphische Arbeiter auf dem Straßenpflaster liegen, weil sie den Kampf um die 40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich stets sabotiert hat. Sie hat auch die immer schärfere Belastung der Massen durch die Brüning-Regierung immer gebilligt.

Jetzt sollen die Beiträge in den graphischen Verbänden noch mehr erhöht werden, wo die Grenze des Tragbaren schon längst überschritten ist. Die Empörung ist groß. Der „Graphische Block" wendet sich aber gegen das kampflose Verlassen der Verbände, es gilt jetzt erst recht die innergewerkschaftliche Arbeit zu verstärken und die Massen der graphischen Arbeiter für den Kampf unter Führung der RGO zu gewinnen.

Angestellte, her zu uns!

Die Herren Sozialfaschisten sind politisch fertig

A.-K. Am Donnerstag, dem 18. Juni, war in Zeitz eine Mitgliederversammlung des ZdA. Dr. Agricola, Mitglied der SPD, sprach über die Notverordnungen. Daß die Angestellten selbst den brennendsten Lebensfragen gegenüber noch in ziemlicher Gleichgültigkeit leben, zeigt die Tatsache, daß von der 450 Mann starken Ortsgruppe vielleicht 60 bis 70 Personen anwesend waren. Kann man sich vorstellen, daß das Thema Notverordnung behandelt wird ohne jede Stellungnahme, ohne auch nur ein Wort zur politischen Lage zu sagen? Und ausgerechnet von einem der „linkesten"?

Eine oppositionelle Kollegin brachte in der Diskussion das zum Ausdruck, was unbedingt gesagt werden mußte. Sie wies darauf hin, daß gerade vor zwei Tagen die Reichstagsfraktion der SPD den Zusammentritt des Reichstags verhindert hat. Sie rückte den Leipziger Parteitag der SPD ins rechte Licht und forderte auch von den Angestellten den schärfsten Kampf gegen die Notverordnung.

Hatte sich vorher kein einziger zu Worte gemeldet, so kam jetzt durch die Ausführungen der oppositionellen Kollegin eine rege Diskussion in Gang. Wie irregeleitet und wenig überlegend die Angestellten noch sind, ging daraus hervor, daß die meisten Kollegen sich in einer wüsten Kommunistenhetze ergingen, obgleich sie alle zugeben mußten, daß ihre oberste Führerschaft verkalkt und die Gewerkschaften durchaus keine Kampforganisationen mehr sind. Einige Aeußerungen sind wert, hier festgehalten zu werden.

Ein Kollege sagte, daß man die SPD-Führerschaft zwingen müsse, ihren jetzigen Kurs zu ändern, denn sonst treiben die Massen ganz nach rechts oder ganz nach links; für ihn sei Faschismus und Bolschewismus dasselbe. Das riecht wie jahrelanges „Volksboten"-Gift! Hier tut Aufklärung bitter not!

Ein anderer, der auch die Führerschaft als verkalkt bezeichnete, wies wiederholt auf den Aufbau in der Sowjetunion und vor allem auf die proletarische Planwirtschaft hin, betonte aber in gleichem Atem, daß man ja nicht glauben solle, daß er für die Kommunisten sei. Aus allem ging hervor, daß man mit banger Sorge die Feststellung macht, wie von Tag zu Tag sich die Massen mehr und mehr von der Verräterpartei der Sozialfaschisten abwenden und zur roten Klassenfront stoßen.

Eine von der oppositionellen Kollegin eingebrachte Entschließung, die der SPD-Reichstagsfraktion das schärfste Mißtrauen ausspricht und sie auffordert, sofort den Zusammentritt des Reichstages sowie die Aufhebung der Notverordnung zu verlangen, wurde natürlich von den Herrschaften abgelehnt. Man begnügte sich lediglich damit, eine Resolution an den Vorstand des ZdA anzunehmen, die natürlich in Berlin wie üblich in den Papierkorb wandern wird.

Angestellte und Beamte, erkennt, wohin der Weg der reformistischen Gewerkschaften geht. Laßt euch nicht von euren Bonzen gegen die Kommunistische Partei und die RGO hetzen. Vergleicht Worte und Taten eurer Führer mit denen der einzigen revolutionären Arbeiterpartei, dann werdet ihr sehen, daß nur die KPD und die RGO für eure Interessen kämpfen. Stärkt die Opposition in den Gewerkschaften, reiht euch ein in die RGO!

60% Lohnabbau — dann Zusammenbruch

Die Perspektive der „Metallarbeiter-Zeitung"

Das Organ der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie des DMV, die „Metallarbeiterzeitung", schreibt in ihrer Ausgabe vom 20. Juni zu der neuen Notverordnung:

„Unter den Verhältnissen, in die uns das kapitalistische Wirtschaftssystem hineinmanövriert hat, steht es jetzt vor dem Untergang, vor dem Zusammenbruch. Will es sich retten, so gibt es dazu nur das eine einzige Mittel: unausgesetzt verschärfte Ausbeutung der arbeitenden Klasse. Ein Schritt weiter auf diesem Wege ist die neue Notverordnung. Das ist ihre wahre Bedeutung, ob man sie nun so oder so begründet, ob ihre Einzelheiten so oder anders lauten.

Jedoch leuchtet ein, daß dieser Weg nicht mehr lang sein kann. Für den Augenblick rettet der Kapitalismus dadurch sein Dasein, aber nur für ganz kurze Zeit. Dann muß, will er weiter bestehen, die Ausbeutung abermals verschärft werden, und dann werden die weiteren Maßnahmen folgen, die die Reichsregierung heute so feierlich abschwört. Aber viel können es in der Tat nicht mehr sein. Was will man den Arbeitenden noch groß wegnehmen, nachdem man ihnen in neun Monaten schon fast ein Drittel weggenommen hat? Zumal die Menge der Arbeitslosen immer mehr anschwillt, also die Zahl der Beschäftigten, denen man noch etwas wegnehmen kann, immer mehr sinkt. So wenig man sich aufs Prophezeien einlassen soll, so wagen wir doch zu schätzen, daß die ganze Karre zusammenbricht, wenn der Lohnabbau einmal 50 bis 60 Prozent erreicht haben wird."

Das sind also die Aussichten nach der „Metallarbeiterzeitung". Aus dem Artikel geht hervor, daß die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie, ehe nicht 60 Prozent Lohnabbau verwirklicht sind, keinen Finger rühren will, um diesen Lohnraub zu verhindern. Und wenn es so weit wäre, würden die sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer erst recht alle Anstrengungen machen, um das kapitalistische System nochmals zu retten.

Wollen es aber die Arbeiter so weit kommen lassen? Unzweifelhaft ist, daß die kapitalistische Ausbeuterbande unersättlich und rücksichtslos immer größeren Lohnabbau, immer schärfere Ausplünderung der Werktätigen durchführen will. Aber gerade darum liegt es im Interesse der Arbeiterklasse, sich mit aller Kraft dagegen zur Wehr zu setzen, gegen jeden Lohnabbau, gegen jede Herabsetzung der proletarischen Lebenshaltung zu kämpfen, bis das kapitalistische System niedergerungen ist. Nur die Kommunistische Partei und als einzige gewerkschaftliche Kampforganisation die RGO und die roten Verbände, stehen in diesem Kampf bei der Arbeiterschaft. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer fordern jetzt von den Arbeitern, daß sie stillhalten sollen. **Die RGO ruft aber der Arbeiterschaft zu: Kampf gegen jeden Lohnabbau, gegen jede Verschlechterung! Weg mit der Notverordnung! Proletarische Einheitsfront gegen das kapitalistische System!**

Gewerkschaftstheorie und Praxis

Angestellte, her zur RGO!

Afa-Bundesvorstand am 12. Juni 1931:

„Die freien Gewerkschaften werden zur Bekämpfung dieser unsozialen Notverordnung alle Kräfte mobilisieren; der Erfolg wird aber zuletzt davon abhängig sein, daß der von den politischen Kräften der freigewerkschaftlichen Arbeitnehmerbewegung zu leistende Widerstand von den breiten Schichten unserer Mitgliedschaften im Lande getragen wird.

Die freien Gewerkschaften erwarten von ihren Mitgliedern höchste Wachsamkeit und Aktivität. Kolleginnen und Kollegen, seht die Gefahr, vertraut auf die eigene Kraft und stärkt die solidarische Front der Angestellten, Arbeiter und Beamten zu einem unüberwindlichen Bollwerk gegen die Reaktion."

... und der Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Halle, an unseren Genossen Geiling:

„Uns wird mitgeteilt, daß Sie Mitglied der RGO seien. Durch Zugehörigkeit zur RGO stellen Sie sich von selbst außerhalb unseres Verbandes. Wir bitten um Mitteilung bis Montag, den 8. Juni, ob die uns gewordene Angabe den Tatsachen entspricht. Erhalten wir bis zum genannten Tage keine Antwort, unterstellen wir, daß Sie der RGO tatsächlich angehören und werden Sie als Mitglied unserer Organisation streichen und den Verbandsvorstand veranlassen, formal Ihren Ausschluß aus unserer Organisation zu vollziehen.

Mit kollegialem Gruß

Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Halle a. d. S.,
Kübler."

Besser als durch diese beiden Dokumente kann die verräterische Rolle der Gewerkschaftsbürokraten im Kampfe der Arbeiter und Angestellten gegen die reaktionären Maßnahmen der Brüning-Regierung wohl nicht gekennzeichnet werden. Auf der einen Seite starke Worte, um den aufbegehrenden Mitgliedern vorzuspiegeln, daß die Gewerkschaften bereit wären, gegen die Notverordnungen anzukämpfen, auf der anderen Seite Zertrümmerung der Organisation, wenn Mitglieder zu erkennen geben, daß sie ernsthaft zu kämpfen gewillt sind.

Wie die starken Worte zu bewerten sind, haben die Ereignisse inzwischen schon wieder einmal bewiesen; denn die Gewerkschaftsführer haben mit der Sozialdemokratie das Brüning-Kabinett erneut vor dem Sturz bewahrt und damit der Durchführung der Notverordnung den Weg geebnet, indem sie die Einberufung des Reichstages und des Haushaltausschusses ablehnten. **Die „Stärkung der solidarischen Front der Angestellten, Arbeiter und Beamten", wie es in dem Afa des Afa-Bundesvorstandes so schön heißt, bedeutet den Sturz des bankrotten kapitalistischen Systems. Deshalb haben die kleinen Bonzen a la Kübler die Aufgabe, der wachsenden Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit allen Mitteln entgegenzuarbeiten.**

RGO — das heißt erbitterter Kampf gegen Ausplünderung aller Werktätigen, erbitterter Kampf gegen Kultur- und Sozialreaktion!

RGO — das heißt Stärkung der Kampfkraft der notleidenden Schichten des Proletariats und des untergehenden Mittelstandes!

RGO — das heißt Befreiung der Kampforganisationen der Arbeitnehmer vom Einfluß der sozialfaschistischen Führer.

RGO — heißt Eroberung der politischen Macht und Vernichtung der Bourgeoisie und ihrer Lakaien und Errichtung der sozialistischen Gesellschaft.

Verstärkt die Werbung in den Betrieben!

Erfolg des roten Landarbeiterverbandes

A.-K. Nette Zustände herrschen auf dem Gut Haubner, Brodau. Ein dort beschäftigter Arbeiter hat auf dem Gut Kost und Logis. Wie die Wohnung aussieht, spottet jeder Beschreibung. Das Essen ist nicht zu unterscheiden vom Schweinefutter. Die Ratten fressen dem Arbeiter alles weg, was sie finden.

Der Arbeiter, der vorher dem DVV angehörte, wandte sich an den Kreisleiter Theuerkorn. Dieser erklärte, wegen der Schwäche des Verbandes nichts unternehmen zu können. Nun wandte sich der Arbeiter an den Vertreter des Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter, der sofort energisch eingriff. Er zwang den Junker, die Wohnung des Arbeiters zu reparieren, was auch innerhalb 24 Stunden geschah.

Dieses kleine Beispiel zeigt, daß es trotz Krise und Arbeitslosigkeit möglich ist, durch energisches Auftreten einer kampfbereiten Organisation, den Junker zu Zugeständnissen zu zwingen.

Die Landproleten kommen zu uns

A.-K. In Othal bei Sangerhausen ist im Anschluß an eine Versammlung, die von der RGO einberufen wurde, die ganze Zahlstelle des DVV mit 10 langjährigen Mitgliedern zum Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter übergetreten. In den nächsten Tagen findet die Gründungsversammlung des EVF statt.

Die vollständige Liquidierung des DVV, dieser Streikbrecherorganisation, die Eingliederung aller Landarbeiter in den Einheitsverband, der jetzt den Erntestreik vorbereitet, das ist unser Ziel.

Gewählte Verbandstagsdelegierte werden nicht bestätigt

Die „Demokratie" im Fabrikarbeiterverband

Bei den Verbandstagswahlen des Fabrikarbeiterverbandes ist es der Opposition in Mecklenburg gelungen, einen guten Erfolg an der innergewerkschaftlichen Front zu erzielen. Genosse Martens, Büttge, ist als Delegierter zum Verbandstag gewählt worden, obwohl die Opposition in dem zum Wahlbezirk gehörenden Zahlstellen Parchim und Wismar durch Massenausschlüsse besonders geschwächt war.

Der Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes hat aber die Delegation des Genossen Martens nicht anerkannt und einfach einen SPD-Mann zum Verbandstagsdelegierten ernannt. Das ist die „Demokratie" der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie. Die Fabrikarbeiter in den Mecklenburger Wahlbezirk sind in heller **Empörung, sie werden nun erst recht auf den Genossen Martens hören und den Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie verstärken.**

ADGB-Protestversammlung gegen Notverordnung

A.-K. Nordhausen. Der ADGB hatte für den 12. Juni zu einer großen Protestkundgebung gegen die Notverordnung aufgerufen. Natürlich mit der Bekanntgabe, daß dieselbe ohne Diskussion stattfindet. Das Referat des Gewerkschaftsführers Franz Meyer wurde durch lebhafte Protestkundgebungen der oppositionellen Kollegen unterbrochen, die freie Aussprache verlangten.

Nach kurzer Zeit erschien eine Anzahl Polizeibeamter mit dem Auftrag, jeden Zwischenrufer an die frische Luft zu setzen. Die Polizei war von den Gewerkschaftsbonzen zum Schutz bestellt worden.

Unser Genosse Einicke reichnete scharf mit diesen Methoden ab. Darauf verließ die Opposition unter Absingen der Internationale den Schauplatz dieser Komödianten.

Schläge bietet man den Kumpels an ...

A.-K. Der Fahrsteiger Kürschner auf Grube Fürstenberg scheint durch sein rigoroses Vorgehen gegenüber der Belegschaft die Treppe nach oben hinaufsallen zu wollen. Am Mittwoch früh bot er der ausfahrenden Frühschicht sogar Schläge an, weil sie angeblich zwei Minuten zu früh ausgefahren war! Die Erregung der Kumpels über diese Frechheit war so groß, daß nicht viel fehlte, daß Kürschner in der Kaue seine Abreibung bekam. Wir können ihm nur raten, ein zweites Mal derartige Methoden zu unterlassen, sonst könnte er einen derben Denkzettel erwischen. Die Erregung der Kumpels, die für die wenigen Pfennige schuften müssen, ist auf Siedehitze gesteigert. Man hat ihnen noch eine Viertelstunde von der Frühschichtspause geraubt, und nun will man ihnen extra noch Schläge anbieten, das ist entschieden des „Guten" zu viel. Solchen Methoden muß entschiedener Widerstand entgegengesetzt werden. Darum reiht euch ein in die RGO, organisiert den Bergarbeiterstreik.

Erklärung

Ich, Genosse Max Starke, Halle, war durch Unklarheit mit auf die Liste der freien Gewerkschaften als Kandidat aufgestellt. Ich erkläre hiermit offen in der heutigen Belegschaftsversammlung am 19. Juni 1931 des AAV meinen Rücktritt von dieser Liste.

gez. M. Starke.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610193106 22-19/fragment/page=0005

HALLE

Montag, den 22. Juni 1931.

5000 neue Wohnhäuser

Aber nicht in Halle, sondern in Moskau

Nach einer Meldung der „Taß" (Telegraphen-Agentur der USSR) wurde auf dem Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands eine Entschließung angenommen, in der u. a. über die Fortschritte der Kommunalwirtschaft in der Sowjetunion folgende Tatsachen berichtet werden:

„In den letzten zwei Jahren gelang es, an eine Instandsetzung der Kommunalwirtschaft heranzugehen, und im wesentlichen hat die Kommunalwirtschaft bereits die Wiederaufbauperiode abgeschlossen. Für den Bau neuer Wohnungen wurden in den letzten fünf Jahren 3½ Milliarden Rubel investiert, wovon 1200 Millionen allein auf 1931 entfallen. 29 Millionen Quadratmeter Wohnfläche wurden errichtet und mehr als einer Million Arbeiterfamilien zur Verfügung gestellt. In den letzten fünf Jahren wurden in Moskau 5000 neue Häuser erbaut. In der Umgebung Moskaus entstanden neue Arbeitersiedlungen.

Auch auf anderen Gebieten der Kommunalwirtschaft ist ein großer Fortschritt zu verzeichnen. Die sozialkulturellen Einrichtungen Moskaus wurden erheblich ausgebaut. Die Einbeziehung schulpflichtiger Kinder ist um 105 Prozent gestiegen, die Schülerzahl an den technischen Fachschulen hat um 1000 Prozent zugenommen.

Die Einwohnerzahl Moskaus ist auf 2 800 000 gestiegen, was gegenüber 1912 eine Zunahme um 73 Prozent bedeutet.

Für die laufende Bausaison muß das Moskauer Stadtexekutivkomitee 80 Millionen Rubel bereitstellen. Im Laufe des Sommers sollen in Moskau sämtliche Wohnhäuser neu instand gesetzt werden.

Das Plenum beschloß, ein großes Programm zur Entwicklung der Kraftwirtschaft Moskaus zu entfalten, wobei auf die Notwendigkeit der Vollendung und Errichtung neuer Elektrozentralen und Dieselkraftwerke hingewiesen wird. Angesichts der äußerst beschränkten Wasserführung des Moskwaflusses hält das Plenum es für notwendig, 1932 mit den Arbeiten zur Vereinigung des Moskwaflusses mit dem Oberlauf der Wolga zu beginnen."

*

In den Kommunen des kapitalistischen Deutschland: Finanzplelte, Sozialreaktion, Wohnungselend und Massenarbeitslosigkeit.

In den Sowjetkommunen aber, wie aus dem obigen Bericht hervorgeht, großzügiger kommunaler Wohnungsbau, Verbesserung und Ausbau aller sozialkulturellen Einrichtungen, wachsender Wohlstand der werktätigen Bevölkerung, rapide Zunahme der Einwohnerzahlen, keine Erwerbslosigkeit. Das ist der Unterschied zwischen der kapitalistischen und sozialistischen Kommunalwirtschaft: Mit den kapitalistischen Kommunen geht es rasend abwärts — mit der Sowjetkommune stürmisch vorwärts.

Ein Genosse

Aus dem Stadtteil Zentrum wird uns mitgeteilt: Ein Genosse unseres Stadtteils erreichte während seiner letzten Werbetätigkeit für die Partei und die RGO folgende Resultate:

4 Betriebsarbeiter als Mitglieder der Kommunistischen Partei, 54 Betriebsarbeiter als Mitglieder für die RGO.

Dieses Ergebnis vermochte ein einziger Genosse durch zähe und zielbewußte Werbetätigkeit unter den Arbeitern verschiedener Betriebe zu erreichen. Er erbrachte somit den schlagenden Beweis, daß die Werbung von Betriebsarbeitern für die Partei und die RGO immer von Erfolg gekrönt ist, wenn sie nur planmäßig und mit dem nötigen Elan durchgeführt wird. Nicht einzelne Genossen, sondern die gesamte Mitgliedschaft der Partei muß die Werbung von Betriebsarbeitern und neuen „Klassenkampf"-Lesern durchführen. Was ein Genosse kann, können auch viele. Genossen, nehmt euch ein Beispiel an diesem einen Genossen aus dem Zentrum. Alle müssen so werben wie er und dann werden wir auch Massenerfolge zu verbuchen haben!

Was ist in der Weingärtenschule los?

In der Weingärtenschule sind den Kindern sämtlicher Klassen die Spucknäpfe entzogen worden. Im ganzen Schulhause waren überhaupt nur drei Spucknäpfe vorhanden, für die Kinder natürlich viel zu wenig. Wir Schulkinder fordern hiermit das Gesundheitsamt der Stadt Halle auf, diese Zustände sofort zu beseitigen. Arbeitereltern seid auf der Hut, damit sich eure Kinder keine ansteckenden Krankheiten zuziehen. Es gibt nur die einzige Losung: eure Kinder in JSB.

Mit „Seid Bereit" ein Schüler der Weingärtenschule.

Ein Sittlichkeitsverbrechen

Zum Mord an der Hausangestellten in Thondorf wird noch bekannt, daß es sich um ein Sittlichkeitsdelikt handelt. Der Beschuldigte, der 26jährige Reichsbahningenieur Hans Wendler aus Berlin, weilte im Mai zu Besuch bei seinem Onkel in Thondorf, dem Bagerhalter Koch. Koch wohnt im Hause des Gastwirts Barthel, bei dem die 16jährige Frieda Hulbe beschäftigt war. An der Nacht zum 31. Mai ist Wendler in die Kammer des Mädchens eingedrungen. Als es um Hilfe schrie, preßte er ihm den Mund zu. Der Tod ist durch Ersticken eingetreten. Als Wendler sah, was er angerichtet hatte, hängte er die Leiche, um einen Selbstmord vorzutäuschen, auf dem Dachboden auf.

6 Jahre Leuna-Prozeß

Wie vor einiger Zeit mitgeteilt, hatten in dem Prozeß Schönfeld und Genossen („Leuna-Prozeß") die Angeklagten, Dekorationsmaler Albert Wadle in Merseburg, Margarete Kretzschmar in Leipzig und Geschäftsführer Friedrich Hechtenberg, gegen das zweiinstanzliche Urteil der Strafkammer in Halle a. S. vom 22. Januar 1931 auch noch Revision eingelegt. Die Revision Wadles wurde bereits durch Beschluß der hiesigen Strafkammer verworfen, da innerhalb der gesetzlichen Frist keine Revisionsanträge angebracht worden waren. Die Revision Hechtenbergs und der Frau Wadle sind durch Beschluß des Reichsgerichts vom 22. Mai 1931 als offensichtlich unbegründet verworfen worden. Der „Leuna-Prozeß" hat damit nach einer Dauer von etwa 6 Jahren seine rechtskräftige Erledigung gefunden.

Der Ueberfall bei Neu-Ragoczy

Wir wir berichteten, wurde in der Nähe von Bad Neu-Ragoczy ein Angestellter der Bolzschen Tongrube, Beiderfee, der mit 900 M. Lohngeldern unterwegs war, angeschossen. Der Revolverschütze, ein gewisser Hanstein, ist ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Eine Klärung der Angelegenheit ist noch nicht erfolgt. Sie wird aber durch Zeugenvernehmungen in Kürze erwartet.

Gegen den Kurs der Sozialreaktion bei der Hallischen ADK

Eine Erklärung der Kommunisten — Der aufgeregte Hausbesitzer Thier

Wunderliche Geschichten spielen sich in der ADK Halle ab. Der Hausbesitzer Thier, Provinziallandtagsabgeordneter und ehemaliger Verwaltungsdirektor der ADK, ist von seinen Arbeitgeberfreunden in die Rechnungsprüfungskommission gewählt worden. Dort verfaßte er einen von Lobhudelei und Kriechertum nur so strotzenden Bericht für Herrn Zwanzig, in welchem dessen famose Verwaltung über den grünen Klee gelobt wurde. Herr Thier stellte an die Kommunisten die Zumutung, den Jahresbericht der deutschnationalen Zwanzig-Verwaltung zu unterzeichnen. Die Kommunisten lehnten dieses Ansinnen unter Abgabe der nachfolgenden Erklärung ab:

„Die kommunistischen Vorstandsmitglieder der ADK Halle erklären nach Vorlegung des Rechnungsabschlusses der ADK für das Jahr 1930, daß sie die von der derzeitigen Verwaltung geübte Praxis in der Führung der Kassengeschäfte nicht billigen und aus diesem Grunde weder die Unterschrift zum Rechnungsabschluß leisten noch der Verwaltung das Vertrauen auszusprechen in der Lage sind. Die Politik der Brüning-Regierung, die sich vor allem gegen die Sozialversicherung richtet, und eine bedeutende Drosselung derselben zum Schaden der Versicherten mit sich bringt, zeigt auf dem Gebiete der Krankenversicherung bereits erschreckende Auswirkungen.

Die Kommunisten halten es im Interesse der Versicherten für ihre erste Pflicht, gegen die Sozialreaktion der Brüning-Regierung den schärfsten Kampf zu führen.

Die derzeitige Verwaltung der ADK hat sich nicht nur auf den Boden der durch die Notverordnung verfügten Verschlechterungen der Krankenversicherung gestellt, sie leistet gegen diese Verschlechterungen nicht den geringsten Widerstand, sondern führt dieselben voll und ganz durch. Diese sich den Versicherten gegenüber zum Nachteil auswirkende Praxis stößt auf den entschiedensten Widerspruch der kommunistischen Versichertenvertreter, die als Vertreter der werktätigen Bevölkerung verpflichtet sind,

die Notverordnungen und den faschistischen Kurs der Brüning-Regierung zur Durchführung des Abbaues der Sozialversicherung zu bekämpfen.

Die Verwaltung der ADK billigt nicht nur diesen Kurs, sondern fördert ihn in jeder Hinsicht, wie das u. a. auch der von der Verwaltung den Unternehmern, Sozialdemokraten und Christen innerhalb der ADK geführte Kampf gegen die Kommunisten bewiesen hat."

*

Darob nun großes Geschimpfe des Herrn Thier über angebliche „Grobheiten" der Kommunisten, die er sich nicht gefallen lassen wolle. Herr Thier wurde, wie man so sagt, fuchsteufelswild. Bebend vor Zorn verließ er fluchtartig die ungastliche Stätte, die ihm statt Anerkennung schnöden Undank brachte. Nun, die Erklärung der Kommunisten, über die sich Herr Thier so fürchterlich aufgeregt hat, war voll und ganz berechtigt. Hatte doch Thier allen Anlaß, in den von ihm verfaßten Bericht seine tollspielige Prozeßführung gegen die ADK zu verschweigen. Daher der etwas unsanfte Ton in den Auseinandersetzungen, die wir als Kommunisten weder Herrn Zwanzig noch Herrn Thier schenken konnten. Wir erinnern nur an die Skandalprozesse Steinbach und Pfeifer und an die unverschämte Terrorpolitik gegen die kommunistischen Verwaltungsangestellten. Ob sich Herr Thier inzwischen wieder beruhigt hat? Wenn er diesen Artikel liest, dann wird er bestimmt seine großväterliche Ruhe wiederfinden.

Wie der Renegat Sachs lügt

Genosse Franz Berger übersendet uns folgende Erklärung:

In zwei von dem Renegaten Sachs herausgegebenen Flugblättern sowie in einem „Volksblatt"-Artikel bringt man die Abschrift eines Protokolls. Durch dieses Protokoll soll der Nachweis erbracht werden, wie es ja auch im Text des Flugblattes unter dem Absatz „Worin bestand der Ausweg" heißt, daß der gesamte Aufsichtsrat des AKV einmütig der Auffassung war, daß Sanierungsverhandlungen mit der GEG geführt werden sollen. Dazu möchte ich folgendes bemerken:

1. **Es entspricht in keiner Form den Tatsachen, daß der Aufsichtsrat Sanierungsverhandlungen mit der GEG führen wollte.**
2. **Das angebliche Protokoll existiert überhaupt nicht und stellt eine glatte Fälschung dar.**

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Der Gläubigerausschuß im AKV Halle verlangte von der Verwaltung des AKV einen Beschluß von sich aus mit der GEG bzw. der Pensionskasse über Aufhebung des Zwangsversteigerungstermins zu verhandeln, um den Abschluß einer Ablösungshypothek für die Pensionskasse bis zur Eröffnung des Vergleichsverfahrens herbeizuführen. Ein solcher Beschluß wurde dann auch vom Vorstand sowie vom Aufsichtsrat gefaßt. Dieser Beschluß sagt aber wesentlich etwas anderes, als wie die Forderung von Sachs, nämlich Verhandlung mit der GEG auf Sanierung. Durch seine demagogischen Verdrehungen will Sachs seinen Verrat und Betrug an den Mitgliedern des Hallischen Konsumvereins verwischen. Sachs war nicht für die Beschaffung einer Hypothek und die Ablösung der Pensionskasse, sondern Sachs war für die Auslieferung des Unternehmens an die GEG, das ist der Unterschied zwischen dem Beschluß der Verwaltung und der Forderung der Renegaten Sachs, Heynel, Lehmann, Heinrich und Märker.

Woher stammt nun die gefälschte Protokoll-Notiz? Nach dem Beschluß des Aufsichtsrates, der den Gläubigerausschuß ermächtigte, Verhandlungen zwecks Aufhebung des Versteigerungstermins zu führen, teilte ich das einem Verhandlungsausschußmitglied, welches vom Gläubigerausschuß bestimmt war, telephonisch mit. Und zwar dem Bankdirektor der Saalkreisbank, Herrn Roß. Bankdirektor Roß bat mich um eine Aussprache, die auch stattgefunden hat, an der weiter teilgenommen haben die Genossen Ertinger und Hanich. Bankdirektor Roß wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß es doch zweckmäßig sei, allen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen und Sanierungsverhandlungen mit der GEG aufzunehmen und aus diesen Gründen heraus der Beschluß der Verwaltung unzulänglich sei, weil nur über Aufhebung des Versteigerungstermins verhandelt werden könne. Der Gen. Ertinger sowie ich, haben in dieser Aussprache mehr als einmal darauf hingewiesen, daß eine

„Sanierung" durch die GEG unter keinen Umständen in Frage kommt.

Daß Sanierung durch die GEG bedeutet, Ausschaltung des Selbstbestimmungsrechts der Mitglieder, Auslieferung von 20 000 Genossenschaftsfamilien an die Sozialfaschisten. In diesem Zusammenhange haben wir auf die Beispiele, die wir nach dieser Richtung hin haben, und zwar Gotha und Schwarzenberg, hingewiesen, wo die GEG und der Zentralverband deutscher Konsumvereine versuchten und auch teilweise durchgesetzt hatten, mit ihrer finanziellen Macht auch ihre Politik des Arbeiterverrats durchzusetzen. Es ist mit keinem Wort auch nur die Andeutung gegeben, daß wir bereit gewesen seien, bei einer eventuellen Sanierung durch die GEG einen sozialfaschistischen Geschäftsführer in die Leitung hineinzunehmen. Am Schluß der Aussprache haben die beteiligten Genossen noch einmal ausdrücklich erklärt,

daß sie nicht daran denken, sich ihre politische Ueberzeugung abkaufen zu lassen,

ebensowenig denkt die Kommunistische Partei daran, sich den finanziellen Machtverhältnissen der GEG zu unterordnen. Diese Antwort mußten wir erteilen, weil Bankdirektor Roß das Erscheinen eines Flugblattes für die Verhandlungen als gefährlich und schädigend ansah.

Ein Protokoll ist über die Verhandlungen nicht geführt. Die Verhandlungen wurden gerade im entgegengesetzten Sinne als wie aus der angeblichen Protokollnotiz hervorgeht, geführt. Sachs braucht solche gefälschten Dokumente, um, wie bereits schon oben erwähnt, seinen jämmerlichen Betrug zu verwischen.

Sachs wird für seine Schmiererei nie den Wahrheitsbeweis antreten können, genau so wie sein Ausspruch in der Vertreterversammlung, „eher wird die Welt zugrunde gehen, als daß wir zur SPD gehen" nur eine Phrase war und heute die Sachs u. Co. ideologisch bei der SPD stehen, muß man die Schreiberei von Sachs als Lüge und Verleumdung gegen die Kommunistische Partei und ihre Funktionäre zurückweisen.

Franz Berger.

Notlandung eines ägyptischen Ingenieurs

In der Nähe von Bennstedt landete am Freitag ein Flugzeug auf einem Rübenacker. Der Insasse, Dipl.-Ing. Gibry, hatte sich wegen Erschöpfung des Brennstoffes zur Notlandung gezwungen gesehen. Außerdem war der Motor stark verölt. Vom Flughafen Halle-Mietleben wurde Hilfe herbeigeholt. Gibry ist ein Sohn des ehemaligen ägyptischen Finanzministers Gibry und hat in Berlin studiert.

10 Jahre IAH

Soeben erschien eine vorzügliche Broschüre von Georg Dünninghaus: „10 Jahre IAH". Was die Solidarität der Unterdrückten bedeutet und was sie vollbracht, wird in dieser Broschüre anschaulich geschildert. In gründlicher und übersichtlicher Weise wird aufgezeigt, daß die IAH, kraft der internationalen proletarischen Solidarität, eine proletarische Klassenkampforganisation ist. Die Lückenlosigkeit der vorliegenden Schrift erweist sich vor allem darin, daß die Arbeit, sowohl die Geschichte der deutschen IAH als auch die Entwicklung der von AUCW und SPD vollführten Gegenaktion enthält.

Gerade jetzt nach dem Solidaritätstag mit seiner Massenbeteiligung und der Vorbereitung der gesamten Organisation für den 10-Jahres-Kongreß, füllt die Broschüre eine Lücke aus.

Die 88 Seiten starke Broschüre, davon 16 Seiten Illustration, ist zum Preise von nur 50 Pf. durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Werbt für den „Klassenkampf"

„Die Kommune"

Nr. 12 vom 15. Juni behandelt ausführlich die Auswirkungen der Notverordnung auf die Lage der Gemeinden. Das Material über den Unterstützungsabbau in den Gemeinden und über den Lohntraub an den Gemeindearbeitern ist außerordentlich wichtig.

Achtung, Stadtteil Osten! Unser Stadtteilkursus findet ab Dienstag, den 23. Juni, wieder regelmäßig in der AKB-Zentrale statt. Es ist Pflicht aller gemeldeten Genossen, pünktlich und restlos zu erscheinen.

Die Einwohnerzahl Halles hat im Mai 1931 um 259 Köpfe abgenommen und beträgt am 1. Juni 203 590 Personen. Der Grund für diese Abnahme liegt in der rückläufigen Bewegung des Zuzugs, der im Monat Mai 1931 um volle 700 Köpfe geringer war als im Mai 1930, während der Fortzug nur um etwa 300 Köpfe zurückgegangen ist. Die Geburten zeigen dagegen nach drei Monaten Stillstand wieder einen Aufstieg. Während in den Monaten Februar, März und April 1931 ein, wenn auch nicht großer Ueberschuß der Sterbefälle über die Geburten in der einheimischen Bevölkerung festzustellen war, bringt der Mai 1931 mit 241 Lebendgeburten gegenüber 165 Sterbefällen einen natürlichen Zuwachs von 76 Personen.

Tätigkeit der Feuerwehr im Monat Mai 1931. Im Monat Mai wurde die Feuerwehr 266 mal alarmiert. Die Alarmierungen betrafen: 2 Mittelfeuer, 13 Kleinfeuer, 1 Schornsteinbrand, 250 Hilfeleistungen und Krankentransporte.

Neuerwerbungen der Städtischen Büchereien

Ring, Barbra: Die Schwester aus Paris. — Schieber, Anna: Das große Ich. — Seidel, Willi: Schattenpuppen. Ein Roman aus Java. — Das goldene Buch der Anekdoten. Kleine Charakterbilder aus dem Leben berühmter Männer und Frauen aller Zeiten. — Hagedorn, Friedrich von: Sämtliche poetische Werke. — Zoubier, Hans: Die neue deutsche Buchkunst. 1931. — Ertich, Heinrich: Capri. Dichtungen. 1926. — Löns, Karl Fr: Im Flug nach den Tzoren. Flugerlebnisse und Reiseeindrücke. — Meyer, Max: Aufruhr auf Madagaskar. 1930. — Medchies, David: Abenteuerliche Jagdfahrten im afrikanischen Busch. Wie Afrika meine zweite Heimat wurde. 1927. — Neuß, Erich: Carl August Jacob. (Lebensbild der Industrie- und Handelskammer Halle. Bd. 2.) 1929. — Schulte-Gallera, Siegmar von: Gallisches Dunkel- und Nachtleben im 18. Jahrhundert. Auch ein Beitrag zur Hallischen Kulturgeschichte. 1930. — Linnebach, Karl: Deutschland als Sieger im besetzten Frankreich. 1871—73. Auf Grund d. bi. Akten dargestellt. 1926. — Martel, Rene: Deutschlands blutende Grenzen. 1930. — Chateaubriand: Napoleon. 1923. — Rost, Johannes: Tausend Jahre deutsches Leben. Eine volkstümliche Kulturgeschichte. 1931. — Stehle, Bruno: Frankreichs Kriegsvorbereitung in der Schule und bei der Jugend. Sonderhefte Monatshefte. Ja. 19. 1932. — Geschichte des Kunstgewerbes aller Zeiten und Völker. Hrsg. v. H. Bossert. 1930. — Schwers, Paul und Friedland, Martin: Das Konzertbuch. Ein prakt. Handbuch für Konzertbesucher. Scherer, Wilhelm: Von Wolfram bis Goethe (Bücher der Bildung).

Rundfunk-Programm

Dienstag, den 23. Juni

6.30 Uhr: Funkgymnastik. Anschließend bis 8.15 Uhr: Frühkonzert (Schallplatten). 9.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 9.50 Uhr: Wetterdienst. Berichtsfunk und Tagesprogramm. 9.55 Uhr: Was die Zeitung bringt. 10.30 Uhr: Schulfunk: Deutsch und Englisch. 11 Uhr: Werbenachrichten, verbunden mit Schallplattenkonzert. 12 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. 12.05 Uhr: Romantische Musik (Schallplatten). 12.55 Uhr: Rauener Zeitzeichen (Schluß 18 Uhr). 13 Uhr: Wettervoraussage, Presse- und Börsenbericht. Antifaschistende: Tiere sehen dich an (Schallplatten). 14 Uhr: Erwerbslosenfunk: Arbeitslosigkeit und Sport. 14.30 Uhr: Bücherstunde für die Jugend. 15 Uhr: Rhythmisch-gymnastischer Unterricht der Mary-Wigman-Schule in Dresden. 15.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 16 Uhr: Anekdoten um dich. 16.30 Uhr: Orchesterkonzert. 17.30—17.55 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 17.55 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 18.05 Uhr: Frauenfunk: In welchem Alter sind die Frauen alt? 18.30 Uhr: Sprachenfunk: Französisch. 18.50 Uhr: Tagesfragen der Wirtschaft: Nationale oder internationale Wirtschaftsgestaltung. 19 Uhr: Von der Macht des Witzes und der größeren Macht des Humors. 19.30 Uhr: Unterhaltungskonzert. 20.30 Uhr: Ich war dabei. Mit dem Eisbrecher „Krassin" nach Sibirien. Otto Heller, Berlin. 21 Uhr: Nachrichtendienst. 21.10 Uhr: Heitere Lieder des Barock. 22.05—24 Uhr: Johannis-Feier in Mittsommer bei Lillehammer (Norwegen).

Wringmaschine • billig • Gummi-Bieder

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610193106 22-19/fragment/page=0006

Reaktionärer Anschlag auf die RSJ-Spartakiade

An die Werktätigen aller Länder! An die internationale Arbeiterklasse!

Wenige Tage vor dem Welttreffen der roten Sportler meldet die bürgerliche Presse das **Verbot der Spartakiade der Roten Sportinternationale.** Dieses Vorgehen der Bourgeoisie und des Sozialfaschismus zeigt die Furcht vor der international wachsenden Kraft der roten Sportbewegung.

Zur **Durchführung des großen Sportprogramms** lagen aus allen Ländern zahlreiche Meldungen vor. Dieses Sportprogramm durchzuführen setzte voraus die Sympathien der breitesten Massen.

Keine andere Sportorganisation ist imstande, in so kurzer Zeit eine solche Aufgabe zu lösen

Mit Schrecken sahen die Bourgeoisie und ihre Helfer, die bürgerlichen Sportverbände und die Luzerner Sportinternationale, daß sich die werktätige, sporttreibende Bevölkerung in Massen um das Banner der **Roten Sportinternationale** sammelt. Die Anwendung der Einheitsfronttaktik, wie sie von der RSJ durchgeführt wird, überzeugt die werktätigen Sportler, daß die Luzerner und bürgerlichen Sportführer eine Sportpolitik treiben, die nur im Interesse der Bourgeoisie ihrer Länder liegen.

Deutlich tritt das bei der **Olympiade**, die im Juli in **Wien** stattfindet, in Erscheinung. Mit Zustimmung der in Oesterreich herrschenden faschistischen Regierungen führt die Luzerner Sportinternationale ihre Olympiade in Wien durch. Die faschistischen Regierungen wissen sehr gut, daß die **sozialdemokratischen Führer** und die von ihnen geleiteten Organisationen im Dienst des Kapitalismus stehen und die nationalen Interessen ihrer Bourgeoisie vertreten.

Gemeinsam mit den bürgerlichen Sportführern bekämpfen sie die klassenbewußten Arbeitersportler. Polizei, Justiz, bürgerliche und sozialdemokratische Sportführer wetteifern miteinander in der

Verfolgung und Unterdrückung der roten Sportbewegung

Mit wachsender Empörung sieht die Arbeiterschaft dieses Treiben. Zu der jetzigen Situation verlangt die Bourgeoisie von den bürgerlichen und sozialdemokratischen Führern der Massenorganisationen schärfstes Vorgehen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft. Um diesen Unterdrückungskurs im Zeichen der Notverordnungspolitik zu bemänteln, benutzen die sozialdemokratischen Beauftragten des Kapitals die **plumpesten Verleumdungen.**

In der Begründung des Spartakiadeverbots führt der **sozialdemokratische Polizeipräsident in Berlin** an:

„In letzter Zeit versuchen die radikalen Parteien, politische Aufzüge und Demonstrationen unter dem Deckmantel sportlicher Veranstaltungen durchzuführen, wobei sie den politischen Charakter zu verschleiern suchen."

Die Begründung wird angegeben, obwohl die Regierungen wissen, daß der

Aufruf der RSJ für die Beteiligung zur Spartakiade vor mehr als 9 Monaten erging

Ueber die Weltanschauung der roten Sportler hat nie ein Zweifel geherrscht. Wir stehen auf dem Boden des Kampfes des Proletariats für den Sozialismus.

Wie bei der **Gründung** der Arbeitersportorganisationen vor 4 und 5 Jahrzehnten stellen wir die Betreibung der proletarischen physischen Kultur in den Dienst des **proletarischen Befreiungskampfes.** Die Zuflucht zu den Verleumdungen, die Sektionen der RSJ als kommunistische **Partei**-Sportorganisation zu bezeichnen, die in der Begründung der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten und Minister zu finden sind, sind nichts weiter wie wohlberechnete **Täuschungsmanöver** für die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und die sporttreibenden Arbeiter und Arbeiterinnen.

Wir appellieren an alle Werktätigen, die im Gange befindliche

Solidaritätskampagne für die Spartakiade und die Protestbewegung gegen die Verbotsmaßnahmen zu steigern

In den Gewerkschaften, in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in den öffentlichen Versammlungen, in den Mitgliederversammlungen der bürgerlichen Sportler, der unter Führung von Sozialdemokraten stehenden Sportorganisationen und in unseren eigenen Mitgliederversammlungen gilt es, zu dem Verbot Stellung zu nehmen. Gegenüber den mit faschistischen Unterdrückungsmethoden vorgehenden Regierungen gegen das Proletariat gilt es die proletarische, kampfgewillte **internationale Einheitsfront** herzustellen.

Unsere Antwort

auf die Vorstöße der Bourgeoisie ist:

Internationales Rot-Sport-Aufgebot

Jetzt gilt es, hunderttausende Werktätige aus den bürgerlichen Sportverbänden und aus den von sozialdemokratischen Führern geleiteten Sportorganisationen ebenso wie aus dem großen Heer der nicht sporttreibenden Werktätigen zu gewinnen. Die internationale Spartakiade-Kampagne wird weitergeführt im Zeichen der Massengewinnung, der proletarischen Einheitsfront unter Führung der RSJ!

Internationales Spartakiade-Komitee.

Großer Aufmarsch der roten Sportler in Pretzsch

Ein Jahr roter Arbeitersport

Zu einem wuchtigen Aufmarsch für die rote Sporteinheit und zugleich einem Massenbekenntnis zur roten Klassenfront gestaltete sich das Werbesportfest der Arbeitersportler von Pretzsch; trotz aller Schikane und allen Terrors von seiten der Behörde, trotz erneuten Sportplatzverbotes und Vorenthaltung der städtischen Turnhalle gelang es den Herrschaften nicht, „Rot Sport" in Pretzsch niederzuringen.

Schon am Sonnabend marschierten die roten Sportler zu einem Fackelzug auf unter Vorantritt des Spielmannszuges Piesteritz, welcher als gut gelungen von den Pretzscher Arbeitern freudig begrüßt wurde.

Am Sonntag früh erfolgte Weckruf. Dann setzte ein sportliches Treiben auf dem selbstgeschaffenen Sportplatz ein. Autos brachten singende Sportgenossen aus Nah und Fern. Das mustergültige Abrollen der Sportkapelle Annaburg zeigte den Spießern von Pretzsch, was proletarische Disziplin heißt. Doch noch gewaltiger war der Werbeumzug. Pretzsch stand im Zeichen der Sporteinheit, überall wurden die Sportler mit einem „Rot Sport" begrüßt. Im Sturmschritt eroberten die Arbeitersportler die Herzen der Jugend. Selbst den Auchsportlern hat dieses Bekenntnis zur roten Sporteinheit eine bestimmte Anerkennung abgerungen. Das war auch von bürgerlichen Sportlern zu hören. Da muß sich mancher Verein von Pretzsch verstecken. Wir rufen euch zu: Heraus aus den bürgerlichen und sozialfaschistischen Vereinen! Werdet rote Sportler!

Solidaritätsspiel in Zörbig

Fichte-Zörbig 1 stellte sich gegen Trotha 1 zum Solidaritätsspiel und brachten somit zum Stiftungsfest des roten Sportklub Zörbig 07 eine Sensation. Sie gewann mit 2:1.

Wir begrüßen den Schritt der Zörbiger Turner und erwarten, daß sie weiterhin für die Einheit im Arbeitersport eintreten.

Um den Aufstieg der 1. Klasse

Cröllme 1—Eisdorf 1 2:2 (2:2) (2:0) Verlängerung (2 Std.)
Friedrichschwerz 1—Zscherben 1 5:3 (1:1).
Atlas 1—Ostrau 1 8:1 (3:1)
ASV 1—Dieskau 1 0:2 (0:0)
Könnern 1—Brachwitz 1 8:2 (3:0)
Brachstedt 1—Weßmar 1 2:2 (1:2) Verlängerung

Betr. Bezirksspiele zur 1. Klasse!

Am 28. Juni finden folgende Spiele auf dem Cröllwitz-Platz statt:

Spiel 6	½11 Uhr	Cölme 1—Eisdorf 1	Koch, Cröllwitz
Spiel 8	13 „	Atlas 1—Dieskau 1	Bötz, Viktoria
Spiel 4	¼14 „	Brachstedt 1—Weßmar 1	Jänicke, Minerva
Spiel 7	15 „	Könnern 1—Friedrichschwerz 1	Woita, Wörmlitz

Spiele 4 und 6 wurden erneut laut Satzungen angesetzt. Spiel 9 fällt daher aus. — Jeder Verein stellt einen Ball. Kassierer: Hingst. Leitung: Bezirk. Formulare: Bezirk. Linienrichter zu Spiel 6: Atlas, zu Spiel 8: Weßmer, zu Spiel 4: Dieskau, zu Spiel 7: Brachstedt.

Spielleitung: Schönfeld, Fatzke.

Jugendtreffen in Bruckdorf

Alle Spiele verliefen sehr fair. Die roten Sportler brachten hiermit zum Ausdruck, daß sie sportlich und agitatorisch auf der Höhe sind. Wie Pilze schießen die Mannschaften aus der Erde. Weiter so. Jeder rote Sportler ein Agitator. Jeder Verein meldet in diesem Sommer noch eine Jugend- oder Schülerelf.

Bruckdorf Jgd.—Hohenthurm Jgd. 6:0.
Reideburg Jgd.—Atlas 1. Jgd. 3:2.
Bruckdorf 1 Schüler—Sportbrüder Schüler 10:0.
Bruckdorf 2 Schüler—Atlas Schüler 0:1.
Atlas 2. Jgd.—Weßmar Jgd. 3:1.
Minerva Jgd.—Ammendorf Jgd. 3:1.

Vereine! Gründet weitere Jugend- und Schülermannschaften!

Fußball-Resultate

Im Osterholz spielten Teutonia und Cröllwitz 1:1 unentschieden. Teutonia 2—Cröllwitz 2 8:4. Teutonia 3—Cröllwitz 3 4:0. Teutonia 8—FSV 8 2:2.
Fortuna 1—Reideburg 1 4:3 (3:3). Fortuna 2—Reideburg 2 1:1. Fortuna 8 gegen Reideburg 8 2:3.

Ammendorf 1—Piemitz 1 3:1 (1:1). Ammendorf 2—Piemitz 2 5:4. Ammendorf 3—Döllnitz 3 7:1. Ammendorf 8—Wörmlitz 8 1:2. Ammendorf Schüler geg. Wörmlitz Schüler 1:2.
Wörmlitz 1—Bruckdorf 1 0:2. Wörmlitz 2—Bruckdorf 2 5:2.
Sportbrüder 1—Lettin 1 1:3 (1:1). Sportbrüder 2—Lettin 2 2:4 (1:2). Sportbrüder 3—Lettin 3 1:5 (1:3).
Mötzlich 1—Bitterfeld 1 2:3 (2:3). Mötzlich 2—Hohenthurm 1 2:3.
Zörbig 1—Askania 1 3:0. Zörbig 2—Askania 2 3:0. Zörbig 3—Askania 3 3:0. Zörbig Jgd.—Askania Jgd. 0:2. Zörbig Alte Sportler—Zscherndorf Alte Sportler 1:2. Zörbig Schüler—Zscherndorf Schüler 1:1.
Löbejün 1—Trotha 11:3. Löbejün 2—Trotha 2 7:4. Löbejün 3—Trotha 3 2:2.

Handballsparte

Seeben 1 gewinnt die Bezirksmeisterschaft gegen Wörmlitz 1 durch 18-Meter-Ball mit 2:1.
Wörmlitz 1—Magdeburg-Fermersleben 1 6:4. Wörmlitz 3—Magdeburg-Fermersleben 3 2:3.

Freier Sportverein Halle e V

Am Sonnabend, dem 27. Juni, 20 Uhr, findet im „Gesellschaftshaus", Obere Leipziger Straße, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung ist folgende:

1. Beschlußfassung über Zentralisation mit Sportklub 06.
2. Spartakiade und Reichskonferenz.
3. Sommerfest.
4. Schwimmfest.
5. Vereinsangelegenheiten.

Wir erwarten, daß alle Mitglieder diese Versammlung besuchen. Das Vereinsbad wird am Sonnabend, dem 27. Juni, um 18 Uhr, geschlossen.

Der Vorstand. J. A.: Paul Krosemann.

Atlas Halle. Am Sonnabend, dem 27. Juni, 20 Uhr, findet im Vereinslokal „Zur Granate", Merseburger Straße 100, unsere Monatsversammlung statt. Das Erscheinen aller ist Pflicht. — Am Donnerstag, dem 25. Juni, 19 Uhr, Jugendversammlung dortselbst, wozu alle Jugendlichen erscheinen müssen. — Die Uebungsstunden finden wieder jeden Dienstag von 17—21.30 Uhr und Freitags von 20—22 Uhr in der Turnhalle der Huttenschule statt. — Sportansprüchen: Mittwochs Handball, Donnerstags Fußball und das Spielmannszuges im Vereinslokal. — Training: Mittwochs Fußball ab 15 Uhr, Gruntzer Damm, Donnerstags Handball. Anmeldungen werden überall entgegengenommen.

Zentralverein für Arbeiter-Sport und Körperkultur Giesen u. Umg., E. V. Sonnabend, den 27. Juni, findet unsere fällige Mitgliederversammlung im Gasthof Tunnelitz statt. Anfang 20 Uhr. Die Mitglieder aller Sparten sind verpflichtet, zu erscheinen. Der Vorstand.

Arbeitersportverein Pretzsch (Elbe)

Monatsversammlung findet Sonnabend, den 27. Juni, 20 Uhr, im Vereinslokal „Zur Eisenbahn" statt. Alle Sportgenossen müssen erscheinen. Pässe sind mitzubringen. Beiträge abrechnen. Tagesordnung: Bericht des Kassierers. Turnerabteilung. Fehrt nach Greppin zum Sportfest. Gründung einer Sportlerinnen-Handballmannschaft.

Hierzu sind alle Sportgenossinnen herzlich eingeladen. Alle Sportgenossen haben die Pflicht, für die Sportlerinnen-Handballmannschaft Werbearbeit zu leisten!

Allen denjenigen, die zu unserem Werbesportfest, 14. Juni 1931, zur Gelingung beigetragen haben, sowie allen Gastgebern für die gute Bewirtung auswärtiger Sportgenossen sagen wir ein kräftiges Rot Sport.

WALHALLA
Der Riesenerfolg
Münchner Luft
Revue-Operette in 5 Bildern mit der Rundfunk-Kanone **Else Aulinger** u. d. übrig. Glanz-Besetzung

Eduard Klauß
Merseburg, Windberg 3
Brikett u. Brennholz

Stadt-Theater
Heute Montag, 20—23.15 Uhr
Die Affäre Dreyfus
Schauspiel von Reyßig u. Herzog
Dienstag, 20—22.30 Uhr,
Die schöne Helena
Buffo-Oper von J. Offenbach

Äußerst preiswerte
Schlafzimmer-Schränke
Eiche, Birke, Nußb. imit.
130 cm m. Waschseinricht. . 29 M.
130 cm m. Steilfg. Aufsicht . 96 M.
130 cm m. W. u. Spiegel . 110 M.
150 cm m. W. u. Spiegel . 145 M.
Kurgarderob. 27,— bis 75,— M.
Gebr. Jungblut
Halle a. S.
Albrechtstr. 37

Kauft bei unseren Inserenten

Köstritzer Schwarzbier

Ein kleiner Überschuß an Lebenskraft
ist es, der so manches Spiel schon gewinnen ließ. Aber nicht nur Sportsleute brauchen diesen kleinen Ueberschuß, auch jeder andere, der den Kampf des Lebens bestehen will. Trinken Sie täglich das herbe, vollmürzige Köstritzer Schwarzbier, es schafft Ihnen den kleinen Ueberschuß an Lebenskraft, den Sie haben müssen. Es wird aus reinem Malz ohne Zusatz von Zucker hergestellt.
Köstritzer Schwarzbier ist in den Bierhandlungen und Lebensmittelgeschäften erhältlich.

Stadtschützenhaus, Halle, a. Königsplatz
Nur noch 3 Tage
Zauber-Revue Ramiro
Wer Ramiro nicht gesehen, hat viel versäumt! Lesen Sie die Urteile der gesamten Presse!
Preise von M. 0.70 bis 2.50
Kartenvorverkauf: Hothan, Halle, Große Ulrichstraße 38, Tel. 25903; Verkehrsbüro Roter Turm und an der Tageskasse von 11—1 Uhr
Einlaß 7.15 Uhr — Beginn 8.15 Uhr
Volles Orchester!

Prima
Fleisch- und Wurstwaren
*92 empfiehlt
Hugo Hoffmann
Roßschlächterei Weißenfels
Fischgasse

Sohlleder-Ausschnitt
Leder-Abfälle
aller Art billigst bei
Wilh. Kranig
Waisenhausring 14

Photo-Artikel
nur beim Inserenten kaufen!

Ihre Schuhe drücken
... wir **weiten** und **strecken** bis zu **2 Nummern**
Fußwohl Kirchnerstr. 18a Geiststraße 28

Zurück!
Dr. Franz Walther
Ohren-, Nasen-, Halsarzt
Gr. Steinstr. 74 (Café Bauer)
Sprechzeit: 9—12, 3—5 Uhr

Strafsache

gegen die Schriftleiterin Ella Geidel geborene Schreck, Halle/S., wegen Beleidigung.

Das Amtsgericht in Halle/S. hat am 24. April 1931 für Recht erkannt:

Die Angeklagte ist der öffentlichen Beleidigung schuldig und wird deshalb mit einer Geldstrafe von 100 RM., hilfsweise 20 Tagen Gefängnis bestraft.

Dem Beleidigten, Staatsförster Baars in Heldrungen, ist die Befugnis zuerkannt, die Verurteilung innerhalb von 6 Wochen nach Rechtskraft des Strafbefehls einmal auf Kosten der Angeklagten im Klassenkampf zu veröffentlichen.

Der Strafbefehl v. 6. Juli 1931 ist seit dem 23. Mai, d. Js. rechtskräftig.

Halle/S., den 1. Juni 1931. Das Amtsgericht, Abt. 30.

Markt-Kleinhandelspreise für Halle am 20. Juni 1931

Obst und Gemüse:	M.
Tafeläpfel . . . 1 Pfd.	0.60—0.70
Kepsel, Eß- . . . 1 Pfd.	0.60—0.70
„ Mus- . . . 1 Pfd.	0.30—0.40
Kochäpfel . . . 1 Pfd.	—
Bananen . . . 1 Stck.	0.05—0.15
Tafeldirnen . . . 1 Pfd.	—
Birnen, Eß- . . . 1 Pfd.	—
Kochbirnen . . . 1 Pfd.	—
Erdbeeren . . . 1 Pfd.	0.45—0.50
Walderdbeeren . . 1 Pfd.	1.—
Johannisbeeren . . 1 Pfd.	—
Preißelbeeren . . 1 Pfd.	—
Himbeeren . . . 1 Pfd.	—
Tomaten . . . 1 Pfd.	0.40—0.60
Kirschen, süße . . 1 Pfd.	0.15—0.30
„ saure . . 1 Pfd.	—
Aprikosen . . . 1 Pfd.	—
Pfirsiche . . . 1 Pfd.	—
Pflaumen . . . 1 Pfd.	—
Stachelbeeren . . 1 Pfd.	0.12—0.15
Hagebutten . . . 1 Pfd.	—
Weintrauben . . 1 Pfd.	—
Nüsse . . . 1 Pfd.	—
Bohnen, grüne . . 1 Pfd.	0.25—0.35
„ weiße . . 1 Pfd.	0.25—0.28
„ Wachsbohnen . . 1 Pfd.	0.45—0.50
Burken, Einlege- . 1 Kbl.	1.20—1.50
„ Senf- . 1 Pfd.	0.60
„ Salat- . Stck.	0.20—0.40
„ Pfeffer- . 1 Pfd.	0.60
Radieschen . . . 1 Bd.	0.05
Rhabarber . . . 1 Pfd.	0.05
Spargel . . . 1 Pfd.	0.20—0.65
Weißkohl . . . 1 Pfd.	—
Blumenkohl . . . 1 Kpf.	0.10—0.50
Wirsingkohl . . . 1 Pfd.	0.25
Rotkohl . . . 1 Pfd.	—
Rohlrabi . . . 1 Pfd.	—
Rosenkohl . . . 1 Pfd.	—
Salat . . . 1 Kpf.	0.08—0.05
Spinat . . . 1 Pfd.	0.15
Mohrrüben . . . 1 Pfd.	—
Kohlrüben . . . 1 Pfd.	—
Rote Rüben . . . 1 Pfd.	—
Rohlrabi . . . 1 Stck.	0.05
Zwiebeln . . . 1 Pfd.	0.20
Kapuzinchen . . . 1 Pfd.	—
Schwarzwurzel . 1 Pfd.	—
Rübkis . . . 1 Pfd.	—
Sellerie . . . 1 Stck.	—
Porree . . . 1 Bd.	0.10—0.25
Zwiebeln, neue . 1 Bd.	0.10

Fische:	M.
Schellfisch, fr. . . 1 Pfd.	—
Seelachs, frisch . 1 Pfd.	—
Kabeljau . . . 1 Pfd.	—
Gr. Aal . . . 1 Pfd.	1.20
Aal, ger. . . . 1 Pfd.	3.50
Hechte . . . 1 Pfd.	1.60
Weißfisch . . . 1 Pfd.	0.40—1.00
Goldbarsch . . . 1 Pfd.	—
Karpfen . . . 1 Pfd.	—
Schleie . . . 1 Pfd.	1.40—1.80
Heringe, Schott. . 1 Stck.	0.10
Heringe, Norw. . 1 Stck.	—
Büdlinge . . . 1 Pfd.	0.60
Gr. Heringe . . . 1 Pfd.	—
Schellfisch, ger. . 1 Pfd.	0.50
Seelachs, ger. . . 1 Pfd.	0.60

Wild und Geflügel:	M.
Enten, Mast- . . 1 Pfd.	1.20—1.50
Gänse, Mast- . . 1 Pfd.	1.40—1.60
Hühner . . . 1 Pfd.	0.80—1.10
Tauben . . . 1 Stck.	0.60—0.80
Rehblätter . . . 1 Stck.	—
Junge Hähne . . 1 Pfd.	1.00—1.20
Kleine Enten . . 1 Stck.	0.90—1.30
Kleine Gänse . . 1 Stck.	1.80—3.50
Kleine Rücken . . 1 Stck.	0.50—0.80
Rehfleisch . . . 1 Pfd.	0.80—2.00
Hirschfleisch . . 1 Pfd.	0.80—2.00
Kaninchen, Stall- . 1 Pfd.	1.00
Kaninchen, wild . 1 Pfd.	0.80

Sonstiges:	M.
Butter, Molk. . . 1 Stck.	0.80—0.90
Butter, Bauern- . 1 Stck.	0.70—0.75
Quark . . . 1 Stck.	0.30—0.40
Käse . . . 1 Stck.	0.05—0.20
Pflaumenmus . . 1 Pfd.	0.50
Kartoffeln . . . 10 Pfd.	0.85—0.60
Kartoff., Nieren 10 Pfd.	1.00
Eier . . . 1 Stck.	8½—9
Zitronen . . . 1 Stck.	0.05—0.05
Meerrettich . . . 1 Stck.	0.15—0.30
Rettich . . . 1 Bd.	0.20
Peterstlie . . . 1 Pfd.	0.30
Schnittlauch . . 1 Bd.	0.05
Schoten . . . 1 Pfd.	0.13—0.15
Kartoffeln, neue 1 Pfd.	0.15—0.20

Pilze:	M.
Champignons . . 1 Pfd.	1.00
Pfifferlinge . . . 1 Pfd.	0.60—0.70
Steinpilze . . . 1 Pfd.	—
Grünlinge . . . 1 Pfd.	—

Fleisch- und Wurstwaren:

Rindfleisch:	M.
Kochfleisch . . 1 Pfd.	0.70—1.00
Bratenfleisch . . 1 Pfd.	1.10—1.30
Kalbfleisch:	M.
Kochfleisch . . 1 Pfd.	1.00—1.10
Bratenfleisch . . 1 Pfd.	1.20—1.30
Hammelfleisch:	M.
Kochfleisch . . 1 Pfd.	0.70—1.00
Bratenfleisch . . 1 Pfd.	0.90—1.20
Schweinefleisch:	M.
Kamm u. Kotel. . 1 Pfd.	0.90—1.10
Bauch u. fettes . 1 Pfd.	0.60—1.00
Hefefleisch . . 1 Pfd.	—

Ziegenfleisch . . 1 Pfd.	0.60—0.80
Roßfleisch . . . 1 Pfd.	0.50—0.60
Wurstwaren:	M.
Schlackwurst . . 1 Pfd.	1.40—2.00
Knackwurst . . . 1 Pfd.	1.00—1.20
Schwartenwurst . 1 Pfd.	0.60—1.00
Rotwurst, frisch . 1 Pfd.	0.60—0.90
Rotwurst, ger. . 1 Pfd.	0.70—1.00
Leberwurst, frisch 1 Pfd.	0.60—0.90
Leberwurst, ger. . 1 Pfd.	0.70—1.00
Schinken, roh . . 1 Pfd.	1.60—1.80
Schinken, gekocht 1 Pfd.	1.80—2.20
Spek, fett, ger. . 1 Pfd.	0.70—0.90
Spek, mag., ger. . 1 Pfd.	1.00—1.20
Zervelatwurst . . 1 Pfd.	1.80—2.20

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610193106 22-19/fragment/page=0007

A. Führer durch die Geschäftswelt für unsere Leser, Arbeiter, Angestellte und Beamte in der Stadt Halle

Halle

Greiling Schwarz Weiss

weitaus beste, echt macedonische Zigarette

DIESER PREISLAGE. PACKUNGEN -,40 u. 1,20 RM

Schokoladen, Kakao, Zuckerwaren nur bei Heinrich Kräger, Lindenstr. 56 31845

Bauern-Schänke Lindenstr. 57 Arbeiter-Verkehrslokal 31844

Max Zaubitzer, Steinweg 52 Kl. Ulrichstr. Prima Roßfleisch und Wurstwaren Speisewirtschaft 31843

Otto Fricke, Fischerplan 1 Ecke Herrenstr. Kolonial- u. hauswirtschl. Wurstwaren 31846

Möbel bei **O. Bernhardt,** Herrenstr. 19 31845

Roßschlächterei K. Böhlert Halle (Saale) Ammendorf Diemitzstraße 3 Hauptstraße 28 Fl. Fleisch- und Wurstwaren 31864

Heinrich Padawer, Textilwaren Diemitzstraße 5, am Hallmarkt 31863

Aug. Thurm's Nachf. Reilstraße 10, empfiehlt Fleisch- und Wurstwaren 32059

Betten-Graf Ältestes Spezial-Geschäft am Platze! Bettfedern, Inletts Bettstellen, Matratzen Marktplatz 10/11 31862

Herren- u. Knabenbekleidungshaus **Ernst Renner,** Marktplatz 14 31861

Hallensia die gute Eiernudel 31841

Bevorzugt Fyffes-Bananen! 31839

Im Hotel „Weltkugel" am Bahnhof ißt man am besten! 31663

Möbel auf Teilzahlung nur bei „Merkur" Halle, Gr. Ulrichstraße 4, I. Etage 32195

Reserviert 32185

Sparkasse des Saalkreises Hauptstelle: Halle a. S., am Stadttheater * 35 Nebenstellen * Wir dienen dem Volke

Dapol-Petroleum überall erhältlich Deutsch-Amerikan. Petroleum-Gesellschaft 32050

CAFE WINTERGARTEN Magdeburger Straße 66 Täglich: Humorist. Künstlerkonzert. Jeden Mittwoch und Freitag: 5-Uhr-Tee, sowie jeden Dienstag und Donnerstag: Tanzabend 32042

Max Albert, Prinzenstraße 18 32045

Das Haus der guten Qualitäten und billigen Preise

Brummer & Benjamin Gr. Ulrichstr. 22-25 Halle Rannischer Platz 31666

Färberei Naumann & Co. reinigt, färbt, wäscht preiswert Fabrik: Jacobstraße 39 31678

Gebr. Kroppenstädt Möbelfabrik — Große Märkerstraße 4 Aeußerst günstige Zahlungsbedingungen 31672

RK bei KARSTADT kaufen, heißt gut und billig kaufen! 31665

Engelhardt-Biere überall 31670

Reserviert

Beerdigungs-Anstalt **Willy Lutze,** Krukenbergstr. 7 Geschäftsstelle des Deutschen Begräbnis-Versicherungsvereins 31846

Reserviert 31671

Otto Mucha Tabak- u. Süßwaren-Großhandlung Lerchenfeldstraße 12 und Große Ritterstraße 6 (Händelpark — Auergebäude I. Stock) 31649

Schokoladen und Zuckerwaren **Tornow,** Leipziger Str. 82 Die billigste Bezugsquelle 31647

Sanitas-Bad Alle Arten Bäder und Massagen, auch für Ämtl. Krankenkassen Mittelstraße 20a 31642

Mostrich- und Speiseölfabrik **Wilhelm Krahnert & Co.** empf. Tafelsenf, Essigsprit, Weinessig, Speiseöle, Fischmarinaden Fernruf 21058 Kontor u. Fabrik: Fischerplan 6 32057

Reserviert 32 32058

Feinste Aprikosen-Marmelade Feinstes Pflaumenmus, Marke Thüringia sind stets frisch zu haben bei der MIGROS und in den angeschlossenen KONSUM-VEREINEN 32131

Staunend billig! Gebrauchte und neue Möbel in großer Auswahl nur Mauerstr. 3 u. 4, am Steinweg 32048

Kauft Seifen in der Migros und deren angeschl. Konsumvereine 32129

Weiss Halle - Merseburg - Bitterfeld 32188

Molkerei Carsdorf empfiehlt ihre Produkte in bester Qualität 31677

Berta Wegner, Kattelhof 13 Lebensmittel, hausschl. Wurstwaren 32186

Eierhandlung **Landau,** Gr. Klausstraße 9 32137

27 Alle Sorten Pantoffeln **27** Kl. Ulrichstraße 32138

Otto Krull, Kl. Klausstraße Ecke Diemitzstraße Bäckerei, Konditorei 32052

Albert Koch, Moritzzwinger 3 Kolonialwaren 32046

Für Händler u. Wiederverkäufer empfehlen: **Strickgarn** (bekannte Marken) Ferner: Trikotagen u. Strumpfwaren Kurzwaren, Leder- und Kammwaren **Freund & Müller** Leipziger Straße 54 (Ecke Riebeckplatz) 31685

Fachgeschäft in Solinger Stahlwaren u. Bestecken **Max Burg,** Steinweg 19 Geschäftsgrundsätze: Erstkl. Ware, mäßige Preise, fachmännische Bedienung 31676

Drogen, Farben, Foto, Seifen, Haushaltungs-Artikel — Bruno Preusch, Mortzingerstr. 1 31669

Mensch, erspar Dir Aerger, Kau nur Kroneberger, Zu haben im Konsum-Verein 31684

Dein Fleisch von A. Kopf, Mansfelder Straße 10 und Wochenmarkt 32054

Reserviert Nr. 45 32194

Spielwaren Geschenk-Artikel — Lederwaren Große Auswahl in Vereinsartikeln **Albin Hentze, Halle a. d. S.** Schmeerstraße 24 31857

Wo ißt man am besten? Bei **Stroh's** Nachfolger Leipziger Straße 54 (am Riebeckplatz) 31686

Adler-Drogerie, Königstraße 14 Ecke Landwehrstr. Farben, Lacke, Seifen, Parfümerien 31697

Willst Du streichen, geh zu Lampert Fachgeschäft für Lacke, Farben und Malerbedarf Merseburger Str. 168 (am Riebeckplatz) 32199

Reserviert 18 32194

Fliesen liefert und verlegt Gebr. Stutzer, Delitzscher Str. 98, am Bahnhof Telefon 33630 32416

Nähmaschinen für Haushalt u. Gewerbe für Zick-Zacknähen Knopfannähen Lochstickerei Sticken Stopfen eingerichtet

Unterricht in eigener Stickereiwerkstatt **Gustav Lerche** Kleine Ulrichstraße 33 Gegründet 1894 — Fernruf 28111 Reparaturwerkstatt Günstige Zahlungsbedingungen 32139

Rosen-Apotheke Merseburger Straße 112 (Ecke Lauchstädter Straße) 31663

Reserviert 101 31659

Verkehrslokal aller Werktätigen **Restaurant „Hafenbahn"** Mansfelder Straße 22 32191

Hausierer! Kauft Fleisch- u. Wurstwaren bei Oskar Kunath, Große Wallstr. 45

Großer Preisabbau! Italienisches Musikhaus **Arthur Hartnuß** Geiststr. 5 32198

Bevorzugt nur **„Saalegold"** deutsches stearin- und wasserfreies Rindertalg in allen Fleischereien 32128

Lederhandlg. **Sommer & Kurzhals** Albrechtstr. 46 Ecke Geiststr. 32

Lindner & Richter, Tholuckstraße Abbruch-Materialien 32196

Reserviert 08 32183

Werkzeuge, Eisenwaren, Haushaltartikel, Gartengeräte **Georg Temme,** Delitzscher Str. 11 32044

Trinkt Milch von **Molkerei Bennstedt** 31860

Elektr. Licht- u. Kraftanlagen, Beleuchtungskörper, komplette Radio-Anlagen. Otto Gröbel, Wilhelmstr. 44 / Telephon 29364 32167

Kaufe bei **J. Lewin** Markt 2/3 32206

„HAFLEMA" Hallesche Fleischsalat- u. Mayonnaisenfabrik GmbH. in Qualitäten Lieferant d. Konsumvereins Jacobstr. 25 Fernsprecher: 31388 u. 32709 32048

Hermann Clausen, Halle a. S., Fischerplan 5 Gurteneinlegerei, Sauerkohlfabrik — Tel. 23617 u. 25079 31647

Empfehle meine **Obst-Spezialgeschäfte** Berliner Str. ◆ Bernburger Str. ◆ Königstr. **Wilhelm Pfeiffer** 31669

Signon Kakao Pralinen Schokolade Überzugsmassen DAVID SÖHNE A.G. HALLE A/S MIGNON-SCHOKOLADEN-WERKE 31840

Hallesche Essigfabriken G. m. b. H. Halle a. S. Weinessig - Tafelessig Essigsprit - Mostrich - Speiseöl 32182

Trinkt KONSUM KAFFEE Allgemeiner Konsumverein Halle 32180

50 Jahre 1880-1930 ◆ **Aug. Zeiß** Erste Hallesche Sauerkohlfabrik und Gurkeneinlegerei m. elektr. Betrieb / Sauerkohl und Konserven en gros / Fernruf 26536 32190

Tabakecke Merseburger Straße 20 Zigarren, Zigaretten, Tabake 31682

Trinkt Euer **Freyberg-Bräu** 31675

Klein- und Mittelbauern um den Ertrag ihrer Arbeit gebracht

Die Schuldigen daran werden freigesprochen

Torgau. Großes Aufsehen erregte Ende vorigen Jahres die Eröffnung des Konkursverfahrens gegen die seit dem Jahre 1911 bestehende Getreidegroßhandelsfirma Großer in Zeckritz, durch die in den Kreisen Torgau, Liebenwerda, Schweinitz und Nachbargebieten Hunderte von Landwirten auf das schwerste geschädigt wurden, die seit Jahren der Firma ihr Getreide zur Einlagerung übergeben hatten. Im ganzen handelte es sich um Summen, die in die Hunderttausende gingen.

Die beiden Inhaber der Firma, Max und Kurt Großer, die sich in diesem Zusammenhang wegen Untreue und Unterschlagung zu verantworten hatten, wurden jedoch vom Torgauer Schöffengericht freigesprochen, da ihnen eine strafbare Handlung nicht nachzuweisen war. Bei den zur Verhandlung stehenden Fällen handelt es sich einmal darum, daß nach Eröffnung des Konkursverfahrens etwa 10 000 Zentner Getreide entgegen dem buchmäßigen Bestand nicht mehr vorhanden waren. Zum anderen hatten Landwirte — nach der Anklage — zur Einlösung ihrer, der Firma übergebenen Wechsel Geld oder Waren zur Verfügung gestellt, eine Einlösung war aber nicht erfolgt. Ein Verschulden der Angeklagten konnte jedoch nicht festgestellt werden! — —

So, so, ein Verschulden der beiden Firmeninhaber ist also nicht festzustellen?! Das ist man ja gewöhnt vom bürgerlichen Klassengericht: Die kleinen Diebe hängt man, ... Wenn die Proletenfrauen und -kinder im Sommer bei der Getreideernte Aehrenlesen gehen, dann werden sie oft mit Pferden und Hunden von den leeren Feldern gejagt, und hier, wo es um ein Riesenquantum geht, um das arme Kleinbauern geprellt worden sind, ist ein Verschulden der Unternehmer nicht festzustellen. Wahrscheinlich nimmt das Gericht an, daß die Mäuse diese 10 000 Zentner Getreide gefressen haben — oder wie soll man sich sonst das Verschwinden erklären.

Die Klein- und Mittelbauern aber müssen erkennen: kein bürgerliches Gericht, keine bürgerliche Partei tritt für sie ein. Dies tut einzig und allein die Kommunistische Partei, die mit ihrem Bauernhilfsprogramm den Weg zeigt, wie auch den Klein- und Mittelbauern aus ihrem heutigen Elend endgültig geholfen werden kann und muß.

„Ihr laßt den Armen schuldig werden . . "

Eilenburg. Was ein Häkchen werden will... Der diebische zwölfjährige Schulknabe, der, wie gemeldet, festgenommen werden konnte, seine Diebereien zugab und nach der Vernehmung spurlos verschwunden war, wurde am Donnerstag wieder ergriffen. Inzwischen hatte der kleine Taugenichts im hiesigen Freibad wiederum einen Griff nach fremdem Eigentum getan und aus einer Jacke eine Geldtasche mit 5 M. Inhalt gestohlen. Als Nachtquartier hatte der Bengel in letzter Zeit den Keller des elterlichen Hauses benutzt. Am Morgen war der kleine Spitzbube stets wieder abgerückt. —

Vorstehende Meldung des bürgerlichen Depeschendienstes zeigt die typische Einstellung all der guten satten Philister, die „eine gute Kinderstube" genossen haben, d. h. denen nie das nötigste zum Leben fehlte, die von Eltern und Erziehern betreut und behütet werden konnten, die sich nicht die kleineren oder größeren Annehmlichkeiten des Lebens zu entziehen brauchten. Gewiß, wir verurteilen auch derartige Fälle, aber wir sehen doch die Sache mit anderen Augen an: keine Wirkung ohne Ursache! Wo hat das kapitalistische System dafür gesorgt, daß die Eltern in der Lage sind, ihre Kinder ausreichend zu ernähren, sich ihrer Erziehung und Pflege zu widmen? In den meisten Fällen ist die Mutter gezwungen, sich auf irgendeine Art Verdienst zu verschaffen, um die Familie vor dem Hunger zu schützen. Die Kinder sind sich selbst und der Straße überlassen. So wachsen dann zukünftige Insassen von „Erziehungsanstalten" heran, die, wie die Fälle Scheuen und Eckartsberg zeigen, gequält und gedrillt und zu willenlosen Menschen „erzogen" werden.

In der Sowjetunion dagegen wird für das Arbeiterkind auf das beste gesorgt: Säuglingsheime, Kinderkrippen, Gemeinschaftsschulen, Kinder-Ferienlager, Werkschulen, Universitäten, das sind die Einrichtungen, die dem proletarischen Kind zur Verfügung stehen und es ihm ermöglichen, ein vollwertiger, freier Mensch zu werden.

Solche Verhältnisse müssen die Werktätigen auch in Deutschland schaffen. Den Weg dazu weist die Kommunistische Partei.

100000 Mark Lohngelder zu rauben versucht

Der Kraftwagenführer Ernst Kossatz aus Groß-Kayna war vom Weißenfelser Schöffengericht wegen versuchten Raubes zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt worden und hatte wegen des Strafmaßes Berufung eingelegt. Diese wurde jedoch am Mittwoch von der Großen Strafkammer verworfen. Der Angeklagte hatte als Wagenführer beim Michelkonzern zwei Beamte, die Lohngelder holten, nach Halle zu fahren. Am 19. März, als auch Gelder geholt wurden — insgesamt 100 000 Mark —, täuschte Kossatz eine Panne vor, rief ins Auto: „Es war nichts!" und spritzte dabei den Beamten aus einem Gummiball Benzin ins Gesicht. Der eine Beamte verlor sofort das Augenlicht, der andere versetzte Kossatz einen Tritt vor den Leib und stellte ihn, da er flüchten wollte, mit vorgehaltenem Revolver. Kossatz gab vor Gericht an, durch Genuß von Morphiumtabletten geistesgestört gewesen zu sein. Das Geld konnte gerettet und der Gesellschaft zugestellt werden.

Die Kaliproduktion wird weiter eingeschränkt

Kalikumpels können sich nicht mehr sattessen — Klein- und Mittelbauern müssen ihre Felder verkümmern lassen

Die Solvaywerke in Bernburg sehen sich infolge weiteren Rückganges des Kaliabsatzes gezwungen, ab 1. Juli im Werk „Solvanhall" von fünf zu vier Arbeitstagen überzugehen. Von der Arbeitseinschränkung werden etwa 500 Mann betroffen.

Die Kalikumpels haben seither die denkbar niedrigsten Löhne. Natürlich wird jetzt bei der erneuten Arbeitszeitverkürzung kein Lohnausgleich getroffen, so daß die Arbeiter nun mit Hungerpfennigen heimgehen, die zum großen Teil noch unter den Durchschnittssätzen der Erwerbslosenversicherung liegen.

Hier hilft nur eins, Kaliproleten! Kämpft mit der Kommunistischen Partei und der RGO für vollen Lohnausgleich.

Bad Frankenhausen. Am Uhrwerk des Kirchturms erhängt. Im Nachbarort Hachelbich erhängte sich der 41 Jahre alte Gemeindediener Karl Ose am Uhrwerk des Kirchturms. Was den Mann, der Frau und neun Kinder hinterläßt, zu dieser unglückseligen Tat bewogen hat, steht noch nicht fest.

Eckartshaus — ein zweites Scheuen

(Jungarbeiter-Korrespondenz.)

Das Fürsorgeheim Eckartshaus in Eckartsberga hat vor einiger Zeit einen neuen Direktor erhalten, den Major a. D. Schott, der nach Auflösung der landwirtschaftlichen Lehranstalt Seyda hier herkam. Seit dem Antritt dieses Militaristen haben sich die Verhältnisse in der Anstalt außerordentlich verschlechtert. Es ist auch in Eckartsberga so, daß Prügel und Bibel, Kasernenhofdrill und Beischwesternegelang die Fürsorgezöglinge „bessern" sollen.

Gepriegelt wird unter der Leitung des Direktors Schott bei jeder kleinsten Gelegenheit. Nur weil er in Pantoffeln zur Arbeit kam, statt in Schuhen, wurde neulich ein Zögling brutal ins Gesicht geschlagen. Ein anderer war ohne besondere Erlaubnis weggegangen, um sich Arbeit zu suchen. Trotzdem er ganz allein wiedergekommen ist, wurde er von dem Erzieher Seifert dermaßen mit den Fäusten bearbeitet, daß er aus dem Auge blutete.

Wie Sklaven werden die Zöglinge zur härtesten Arbeit im Steinbruch angetrieben. Die gemeinsten Redensarten braucht der Inspektor Friedrich: „Ihr müßt arbeiten, daß die Scheiße zum Arsch herauskommt, daß der Kopf nach hinten steht."

Und das Essen ist so knapp, daß die Jungen bei der schweren Arbeit nicht satt werden. Früh gibt es eine Mehlsuppe, das reinste Wasser. Dazu zwei dünne Scheiben Butterbrot. Das Brot ist oft hart. Zum zweiten Frühstück wieder ein doppeltes Butterbrot ohne Belag mit dünnem Kaffee. Im Mittagessen muß man das Fleisch suchen. Die Kartoffeln sind schwarz und hart. Nachmittags eine dünne Mußbemme und nur abends etwas Käse, Wurst oder Ei zum Brot. Wenn man nach Brot verlangt, muß dazu extra eine Bescheinigung ausgestellt werden. Also nicht einmal Brot gibt es zum Sattessen.

Für eine ganze Woche schwerster Arbeit werden 80 Pf. bezahlt. Der Zögling kann aber nur über die Hälfte frei verfügen, der Rest wird einbehalten. Wegen der geringsten Verfehlungen werden Abzüge gemacht.

Ist es ein Wunder bei dieser Behandlung, daß diese Jugendlichen, wenn sie die Anstalt verlassen, wie scheue Tiere umherlaufen, mißtrauisch, verängstigt; daß sie unfähig sind, sich im freien, normalen Leben zurechtzufinden? Die Jugendlichen, die wegen irgendwelcher unglücklichen Verhältnisse, wegen kleiner jugendlicher Verfehlungen in Fürsorge kommen, werden durch diese Prügelmethoden systematisch zu Verbrechern erzogen. Die Fürsorgeerziehung ist eine der schwärzesten Schandflecke der kapitalistischen Gesellschaft, die an sich schon ein einziger großer Schandfleck ist.

Die Kommunisten sind die einzige große Hoffnung dieser zu ärgster Zwangsarbeit verurteilten Jugendlichen. Die Kommunisten werden ihnen Erlösung bringen aus diesen Fürsorgehöhlen, Erlösung von diesen sadistischen Peinigern. Die Kommunisten, die es in der Sowjetunion fertig bringen, die verwahrlostesten Jugendlichen zu brauchbaren Gliedern der sozialistischen Gesellschaft zu erziehen.

Die Klassenjustiz wütet!

Die Rote Hilfe

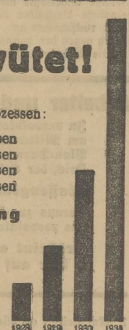
stellte Rechtsanwälte in politischen Prozessen:

im 1. Halbjahr 1928 in 528 Prozessen
im 1. Halbjahr 1929 in 890 Prozessen
im 1. Halbjahr 1930 in 2388 Prozessen
im 1. Halbjahr 1931 in 4530 Prozessen

Das heißt: Verzehnfachung des Justizterrors

Heraus zu den Kampftagen gegen Klassenjustiz!

Sammelt! Werbt!



Hirtfiefer spart bei den Kinderreichen

Kürzung der Geburtenprämie um 50 Prozent

Um den Geburtenrückgang zu bekämpfen, hat die sozialdemokratisch geführte Preußenregierung bekanntlich die Geburt des 12. und jedes weiteren lebenden Kindes mit Gewährung einer Ehrentasse und Erziehungsbeihilfen „prämiiert". In der Regel wurden 200 Mark Beihilfe gewährt, womit die Regierung glaubte, daß gesundes Gedeihen und Erziehung der Kinder gesichert sei.

Bei der unter dem Druck des Finanzpalles „gebotenen Sparsamkeit" fand es der christliche Herr Wohlfahrtsminister Dr. h. c. Hirtfiefer als recht und billig, daß in erster Linie auch bei dem „Luxus" der mit größtem Kinderreichtum „gesegneten" Familien gespart werde. Laut Amtlichem Preußischen Pressedienst hat er deshalb verfügt, „bei den Beihilfen, die Familien mit zwölf und mehr lebenden Kindern gewährt werden, eine Einschränkung in der Weise vorzunehmen, daß bei wiederholter Gewährung der Beihilfen statt 200 nur noch 100 Mark gegeben werden."

In Zukunft gibt es also nur noch die 200 Mark, wenn zu 11 lebenden Kindern das 12. hinzukommt; beim 13. und jedem weiteren lebenden Kind gibt es nur noch 100 Mark. Nach der Logik des Wohlfahrtsministers ist dann wohl die Not der kinderreichen Familien kleiner geworden.

Da nach der Verordnung „im übrigen die Bestimmungen unverändert bleiben", wird den kinderreichen Müttern nach wie vor die „Ehrentasse" aus der staatlichen Porzellanmanufaktur weiter verliehen. Für die Aufzucht der Dutzend Kinder ist die Ehrentasse wohl auch unentbehrlicher als die 100 Mark, die es nicht mehr gibt.

Wir leben in der sozialdemokratisch und christlich regierten Preußenrepublik!

Raubüberfall im Hauptpostamt Leipzig

Am Mittwoch mittag betrat ein 68 Jahre alter Mann den Vorraum des Hauptpostamts, nahm aus der Seitentasche einen an eine Firma in Holland adressierten Einschreibebrief mit 630 Mk. Inhalt und hielt ihn in der rechten Hand fest. Noch ehe er den Haupttraum, wo er den Brief abgeben wollte, betreten hatte, kamen aus diesem sechs unbekannte Männer. Sie liefen auf den alten Herrn zu. Einer stieß ihn gegen den linken Arm. Dann verließen sie das Postamt. Der Angerempelte hatte in dem Gedränge nicht Acht auf seinen Brief gegeben und bemerkte erst, nachdem die Unbekannten das Postamt verlassen hatten, den Verlust des Briefes. Zweifellos ist ihm dieser von einem der Männer, die das Gedränge künstlich verursacht hatten, aus der Hand gezogen worden.

Naziprovokationen in Köthen

Köthen. Die Nationalsozialisten versuchten am Donnerstag die Arbeiterschaft von Köthen zu provozieren. Die Proleten waren aber auf dem Posten und gaben den Nazi-Provokateuren, die durch die Stadt demonstrierten, unzweideutig zu verstehen, daß auf ihre Phraseologie kein Werktätiger mehr hineinfällt. Es kam durch die Provokationen der Nazis zu Zusammenstößen, und die Polizei griff ein und mußte schließlich, durch die Empörung der Arbeiter gezwungen, dazu übergehen, den Zug aufzulösen. Die Polizei zeigte sich natürlich wie immer gegen die Proleten sehr stark. Die Gummiknüppel kamen nicht außer Tätigkeit. Die Arbeiter und Arbeiterfrauen setzten sich gegen die Gummiknüppelattacken der Polizei zur Wehr. Drei der Ordnungshüter wurden leicht verletzt. Während des ganzen Abends herrschte eine starke Erregung und Unruhe unter der Bevölkerung von Köthen.

Die Werktätigen sind sich darüber klar, daß der Kampf gegen den Faschismus mit allen Kräften weitergeführt werden muß.

Schwere Verkehrsunfälle

Ein schweres Autounglück ereignete sich in den Abendstunden zwischen Petersdorf und Buchholz. Ein Nordhäuser Kraftwagen, der in schneller Fahrt den steilen Buchholzer Berg passierte, prallte gegen einen Baum, wobei sich der Wagen überschlug. Der Führer des Autos, der 19 Jahre alte Schlosser Sinsel aus Hain, war sofort tot; die beiden anderen Insassen, Vertreter Kapphahn aus Nordhausen und Emmelmann aus Hain, wurden mit schweren Verletzungen in das Nordhäuser Krankenhaus gebracht. Das Unglück soll in erster Linie auf die außerordentlich hohe Geschwindigkeit, mit der das Auto die gefährliche Kurve unterhalb des Buchholzer Berges durchfuhr, zurückzuführen sein. In der Kurve brachen plötzlich die Speichen eines Hinterrades, der Wagen rannte gegen einen Baum und überschlug sich. Es handelt sich um einen alten Stoewer-Wagen, der sich auf einer Probefahrt vor dem Verkauf befand.

*

Auf der Straße Nordhausen-Pustleben verunglückte das Milchlieferauto des Rittergutes Oberdorf dadurch, daß es beim Ueberholen eines großen Tafelwagens diesen streifte und in den Straßengraben geschleudert wurde. Der Chauffeur erlitt schwere Verletzungen und wurde dem Knappschaftskrankenhaus Bleicherode zugeführt. Der Beifahrer erlitt nur leichtere Verletzungen.

*

Auf der Eilenburg-Doberschützer Landstraße wurde der Maurer Heßling aus Doberschütz von einem Kraftwagen angefahren und so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, verstarb. Das Unglück soll dadurch entstanden sein, daß H. mit seinem Fahrrad auf der falschen Straßenseite fuhr.

Feuer in einer Wattefabrik

In der Spießerschen Wattefabrik brach am Mittwoch abend Feuer aus, das sich mit großer Geschwindigkeit ausbreitete. Obwohl die Feuerwehr sofort eingriff, brannten die Innenräume der Fabrik zum Teil aus. Der angerichtete Schaden ist nicht gedeckt. Die Ermittelungen über die Brandursache schweben noch.

Tödlich überfahren

Auf der Landstraße Eilenburg—Doberschütz wurde der Maurer Heßling aus Doberschütz von einem Kraftwagen angefahren und so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, gestorben ist. Der Verunglückte soll mit seinem Fahrrad auf der falschen Straßenseite gefahren sein.

Wieder ein Lastzug verunglückt

Auf der Fahrt von Leipzig nach Greiz geriet in der Nacht zum Donnerstag in der Kleindraydorfer Kurve in der Nähe des Rittergutes der mit Essig und Furnierholz beladene Anhänger eines Kraftlastzugs infolge Versagens der Bremse ins Schleudern, stürzte um und wurde zertrümmert. Der Essig floß in den dort befindlichen Teich. Das Furnierholz wurde zum Teil beschädigt und am Morgen nach Greiz geschafft. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Auch das Lastauto ist unbeschädigt geblieben.

Zugzusammenstoß in Aschersleben

Nach einer Meldung der Reichsbahndirektion Halle fuhr am Donnerstag früh auf dem Aschersleber Personenbahnhof eine Verschiebeabteilung (Lokomotive mit Viehwagen) gegen den dort haltenden Personenzug 530 Halle—Hannover, wobei fünf Reisende leicht verletzt wurden. Während vier der Verletzten ihre Reise mit demselben Zuge fortsetzen konnten, wurde eine am Kopf leicht verletzte Reisende auf Anordnung des Bahnarztes sofort dem Krankenhaus in Aschersleben zugeführt.

Auch ein Dessauer Bankhaus macht pleite

Das Amtsgericht Dessau hat, wie WTB-Handelsdienst erfährt, den Antrag des Bankhauses H. F. Saalfeld & Co. auf Eröffnung eines Vergleichsverfahrens abgelehnt und den Konkurs eröffnet.

Verantwortlich: Bruno Rothe, Halle; für Politik, Lokales, Saalkreis und Beilagen; Elly Seibel, Halle; für Provinz: Kurt Kühn, Merseburg; für Betriebe und Gewerkschaften: Arthur Burkert, Halle; für Anzeigenteil:

AUS DEM BEZIRK

Montag, den 22. Juni 1931.

Arbeitsbeschaffungsprogramm rüttelt die Massen auf!

A.-K. Mücheln. In Neu-Biendorf fand auf dem Piatschek-Platz eine öffentliche Volksversammlung statt. Aus allen Fenstern hörten die Einwohner zu, so daß wohl insgesamt 300 Personen beteiligt waren. Meist Bergarbeiter, die sonst nie in eine Versammlung gehen. Alles war begeistert, als der Genosse Taubert das Arbeitsbeschaffungsprogramm der KPD behandelte und damit den Weg zeigte, den die Kommunistische Partei einschlägt, um den Massen zu helfen. Den SPD-Arbeitern erklärte Genosse Taubert, daß wir um sie werben, daß sie mit uns gemeinsam die Volksrevolution organisieren sollen, während die verräterischen SPD-Führer auf schärfste von uns bekämpft werden. Die anwesenden Funktionäre der SPD meldeten sich trotz Aufforderung nicht zum Wort. Der Arbeiter Otto Tennig, der nach Rußland fährt, verpflichtet sich, nach seiner Rückkehr den Massen zu berichten, wie es in Rußland aussieht. Er verabschiedet sich mit einem dreifachen „Rot Front", das die Masse mit einem „Rot Front" auf Sowjetrußland und die KPD erwidert. Am nächsten Tag erklärten die Arbeiter: „Wenn doch erst die Stunde der Erlösung da wäre!" Aber die Erlösung kommt nicht von allein. Sie muß erkämpft werden. Streik ist die Waffe der Arbeiterschaft.

Weißenfels-Zeitz

Worüber die Weißenfelser Tante schweigt

A.-K. Weißenfels. Das „Weißenfelser Tageblatt" berichtet unter der Ueberschrift: „Mutige Taten von Kommunisten", daß zwei 15jährige Jünglinge von ca. 20 Kommunisten überfallen und blutig geschlagen worden seien. Wir können nicht nachkontrollieren, ob dieser Bericht auf Wahrheit beruht. Aber wir möchten das Tageblatt auf einen Vorfall aufmerksam machen, der sich am Tag zuvor an der Post zugetragen hat und von dem das Tageblatt nichts berichtet. Dort haben ungefähr 20 Nazis ohne jede Veranlassung drei Jugendliche überfallen, so daß einer davon bewußtlos vom Platze getragen werden mußte. So brutal war er mit Stöcken und Fußtritten bearbeitet worden. Auch ein Arbeiter, der hinzukam, und die Jugendlichen schützen wollte, erhielt mit einem Knüppel einen Schlag über den Kopf, so daß auch er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Wir möchten dem Berichterstatter des Tageblattes überhaupt anraten, sich etwas mehr in der Fischgasse und auf dem Markt aufzuhalten, damit er die Beschwerden der Anwohner erfährt, die jeden Abend unter den Provokationen der Nazis zu leiden haben. Am letzten Montag war ein ganzer Transport Nazis aus Halle in Weißenfels und hat in der auffälligsten Weise die Straßen unsicher gemacht.

Schulreaktion gegen JAH-Pioniergruppe

A.-K. Nebra. Der Rektor Böttcher und ein Teil der faschistisch eingestellten Lehrerschaft erlaubte sich einen verfassungswidrigen Eingriff gegen die Rechte der proletarischen Eltern. Diesen Herren scheint es mächtig auf die Nerven gefallen zu sein, daß die JAH am Orte zur besonderen Freude der proletarischen Eltern eine Pioniergruppe gründete. Die reaktionären Lehrer wollten die Kinder durch Drohungen und Maßregelungen einschüchtern. Solidaritätsplaketten und Rubla-Postkarten wurden ihnen abgenommen. Das rief unter den Arbeitereltern eine begreifliche Empörung hervor.

Die JAH wandte sich im Auftrag der Elternschaft mit einem Protestschreiben an den Rektor der Volksschule und verlangte, daß das widerrechtlich angeeignete Eigentum der JAH zurückgegeben wird. Wir protestieren insbesondere gegen die Anmaßung dieser Lehrer, die verlangen, daß zur Bildung einer Kindergruppe um Erlaubnis nachgesucht werden müsse. Die Arbeitereltern bestimmen selbst über ihre Kinder. Sie werden diesen Reaktionären nicht den Gefallen tun, ihre Kinder den deutschen Hurra-Turnern zu übergeben.

Nun erst recht Massenmobilisierung der Arbeitereltern, daß sie alle ihre Kinder unter den roten Pionierfahnen der JAH marschieren lassen.

Nebra. Turnen ohne Hemd verboten. Schon wieder müssen wir uns mit dem faschistischen Stadtoberhaupt befassen. Nachdem 10 Jahre lang niemand daran Anstoß genommen hat, daß die Arbeiterturner in schwarzer Hose ohne Hemd turnten, erklärt er jetzt das Turnen ohne Turnerhemd für strafbar. Man kann den Hunger verbieten, aber man kann uns nicht genug zu essen geben, man kann uns verbieten, ohne Hemd zu gehen, aber man kann uns nicht die Mittel geben, ein Hemd zu kaufen. Man kann uns aber nicht verbieten, den Kampf zu führen gegen Hunger und Massenelend.

Runthal. Der SPD-Gemeindevorsteher Augustin nimmt Wohlfahrtsempfängern das Letzte weg. Der Sohn des Arbeiters Jentsch befindet sich in der Lehre und erhält pro Woche eine Entschädigung von einer Mark. Nun besitzt dieser SPD-Bonze die Frechheit, dem Vater diese Mark von der Unterstützung abzuziehen. Er fühlt sich ganz besonders berufen, an seinem Ort die Hungerdiktatur durchzuführen. Auch dem Arbeiter Hentschel, der ausgesteuert war, und der Wohlfahrt überwiesen wurde, zog er drei Tage Unterstützung ab. Und dieser Gemeindevorsteher bezeichnet sich noch als Vertreter der Arbeiterschaft.

Weißenfels. In Nr. 123 des „Klassenkampf" vom 5. Juni 1931 brachten wir einen Artikel: „Neue Verhaftung von Funktionären". Der Herr Polizeipräsident von Weißenfels legt Wert darauf, daß wir folgende „Berichtigung" im „Klassenkampf" veröffentlichen: **Berichtigung.** Unwahr ist, daß die Verhaftung des Leo Knat eine Willkürmaßnahme allerersten Ranges ist. Tatsache ist, daß Knat wegen begründeten Verdachtes der Hehlerei festgenommen wurde.

Delitzsch-Torgau

Kein Interesse fürs Dritte Reich

A.-K. Biehla. Eine von den Nazis veranstaltete öffentliche Versammlung mußte wegen „Ueberfüllung" geschlossen werden. Ganze sieben Mann einschließlich der zwei Landjäger waren erschienen. Das zeigt, daß die Einwohner von Biehla kein Interesse für das Dritte Reich haben. Nur der Fleischermeister Schemangt scheint ein besonderer Nazifreund zu sein. Er hat ein Plakat der Nazis in seinem Geschäft hängen lassen, trotzdem ihn die Arbeiter aufforderten, es zu entfernen. Dagegen hat er sich geweigert, ein kommunistisches Plakat auszuhängen. Die Arbeiterschaft wird sich das merken.

Renegaten rufen Polizei

A.-K. Delitzsch. Die Delitzscher Renegaten um Geithe, Gebhard, Musigmann haben jetzt in ihrem Kampf gegen die Ortsgruppe der Partei die Polizei als Helfer alarmiert. Am 1. Mai klebten an allen Plakatsäulen handgeschriebene Plakate, auf denen die Renegaten persönlich ganz außergewöhnlich ausgeschmiert wurden. Die Brandleristen denunzierten bei der Polizei einige Parteigenossen, bei denen dann eine Haussuchung vorgenommen wurde. Selbstverständlich ohne Erfolg. Wir können den Renegaten nur sagen, daß wir es nicht nötig haben, mit solchen Mitteln zu arbeiten. Unser Kampf gegen die Renegaten wird politisch geführt und hat bisher den besten Erfolg gehabt. Wir werden diesen Kampf unermüdlich weiterführen gegen alle Volksfeinde, Renegaten, Sozialfaschisten und Faschisten.

Die Erwerbslosenfront verbreitert sich

A.-K. Delitzsch. In einer Erwerbslosenversammlung wurden die Auswirkungen und Folgen der letzten Notverordnung dargelegt. Die Erwerbslosen wurden aufgefordert, in einheitlicher Front gemeinsam mit den Betriebsarbeitern und allen anderen Schichten der werktätigen Bevölkerung den Kampf gegen die Verelendung aufzunehmen. Eine Entschließung, in der die Aufhebung der Notverordnung gefordert wird, wurde einstimmig angenommen. Bemerkenswert ist, daß einige Arbeiter, die im Lager der Nazis stehen, in dieser Versammlung zugegen waren. Auch der sonstige gute Besuch zeigt, daß die Zahl der Erwerbslosen größer wird, bei denen es anfängt zu dämmern. Die Kampffront gegen Hunger und Faschismus verbreitert sich mit jedem Tag.

Die Eilenburger „Wespe" hetzt

A.-K. Eilenburg. Der SA-Mann Oehmich in Eilenburg-Ost, Windmühlenstraße, hat schon früher einmal einem Arbeiter erklärt: „Wenn es meine Partei befiehlt, schieße oder steche ich dich nieder." Am vorigen Sonntag traf dieser Arbeiter mit seinem Kollegen zusammen diesen Nazimann und stellte ihn zur Rede. Als der Nazi in die Tasche griff, in der offensichtlichen Absicht, eine Waffe herauszunehmen, kam ihm der Arbeiter zuvor und verabreichte ihm eine Tracht Prügel. Aus diesem einfachen klaren Tatbestand konstruiert die Eilenburger Wespe einen Ueberfall von drei Kommunisten auf einen Nazi. Dabei hat der Kollege des Arbeiters keinen Handschlag gemacht und ein Dritter war überhaupt nicht dabei. Auf diese Weise wird gegen die Kommunisten Stimmung gemacht.

Werft dieses nazifreundliche Blatt überall aus dem Hause und lest dafür den „Klassenkampf". Die irregeführten Naziproleten dürfen sich nicht länger dazu hergeben, Arbeiter niederzuschlagen. Wir fordern sie auf, mit uns zusammen gegen das kapitalistische System zu kämpfen.

Der Pastor als Ausbeuter

A.-K. Braunsdorf. Unser Herr Pastor hat eine recht eigentümliche Auffassung über die Pflichten eines Arbeitgebers. Er hat ein junges Mädchen aus Braunsdorf als Aufwartung eingestellt. Als Lohn waren 9 Mark pro Woche vereinbart. Nach unserer Auffassung ist dieser Lohn für Arbeit von früh 5 bis abends 9 Uhr viel zu niedrig. Obendrein bekommt dieses Mädel auch nicht mal genug zu essen. Der Pastor ist aber anderer Meinung. Er hat dem Mädchen den Lohn bis auf 16 Mark im Monat herabgesetzt, und begründet das damit, daß ihm sein Gehalt auch um 50 Mark im Monat gekürzt worden sei.

Wenn Herr Pastor mit seinem Gehalt nicht mehr auskommt, dann muß er eben auf die Bequemlichkeit verzichten, sich ein Dienstmädchen zu halten. Wir verlangen zum mindesten, daß der vereinbarte Lohn bezahlt wird, auch Hausangestellte sind nicht wehrlos der Willkür ihrer Arbeitgeber ausgesetzt.

Auch die Hausangestellten schließen sich der revolutionären Gewerkschaftsopposition an und kämpfen in den Reihen der revolutionären Arbeiterschaft für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen.

Mansfeld-Sangerhausen

Einbruch im Konsum

A.-K. Riestedt. In der Nacht vom 16. zum 17. Juni statteten Einbrecher dem Konsum einen Versuch ab. Sie schlugen eine Fensterscheibe ein, brachen mehrere Türen auf und gelangten so in den Verkaufsraum. Die Diebe hatten es auf Bargeld abgesehen. Da sie aber nur das Wechselgeld fanden, nahmen sie Nahrungsmittel, Rauchwaren und Kleidungsstücke mit. In einem Tragkorb wurde das Diebesgut verstaut. Die Polizei war gleich früh zur Stelle. Aber bis jetzt fehlt noch jede Spur. Wir wollen einmal sehen, ob unsere Polizei hier ebenso auf der Höhe ist wie bei kommunistischen Veranstaltungen.

Aus den Hungerparlamenten

Protest gegen die Notverordnung — SPD führt den Hungerkurs durch

Zipsendorf

In der Gemeindevertretersitzung stand die Bürgersteuer zur Debatte. Genosse Aberhold wies an Hand der Stellungnahme der SPD zu den Notverordnungen ihre heuchlerische Handlungsweise nach und wurde dabei durch lebhafte Zwischenrufe aus dem Zuhörerraum unterstützt. Der Sozialfaschist Riedel wird darüber nervös und droht jedem Zwischenrufer den Rausschmiß an. Die Anträge auf Einführung der Lernmittelfreiheit, Beibehaltung des vorjährigen Satzes zur Jugendpflege, Senkung der Grundvermögenssteuer auf 120 Prozent werden in holder Einheitsfront der Sozialfaschisten mit den Bürgerlichen gegen die Stimmen unseres Genossen abgelehnt. Der Gesamtetat schließt mit 288 000 Mark in Einnahme und Ausgabe ab und wird bei Stimmenthaltung der Bürgerlichen gegen die Stimme unseres Genossen angenommen.

Also die Sozialfaschisten schlucken die Bürgersteuer.

Einem Antrag gegen die neue Notverordnung aus der Einwohnerversammlung wird von den Sozialfaschisten die Dringlichkeit versagt. So sieht der Kampf der SPD gegen die Notverordnungen aus.

Nebra

Die Stadtverordnetensitzung stand im Zeichen des Hungerkurses einer reaktionären bürgerlich-sozialdemokratischen Ausplünderungsfront gegen die werktätige Bevölkerung. Der Bericht des Schularztes behauptet, daß eine starke Gewichtszunahme der Schulkinder festgestellt wurde, angeblich wegen guter Ernährung. Dieser Bericht löste eine begreifliche Erregung unter den Zuhörern aus. Unser Genosse widerlegte diese Behauptung und prangerte das arbeiterfeindliche Verhalten des Bürgerblocks, der jede Schulspeisung ablehnt, rücksichtslos an. Die Sozialdemokraten erhoben keinen Widerspruch gegen den hohnvollen Bericht eines Stahlhelmarztes.

Die Abänderungsanträge unserer Genossen zum Etat stellte der Vorsteher gar nicht zur Abstimmung. Unsere Genossen verlangten Streichung der Gelder für Kirche, Denkmalspflege usw. Diese Position soll auf den Wohlfahrtsfonds übertragen werden. Weiter beantragten sie, die Ausgaben für Wohlfahrtszwecke auf 40 000 Mark zu erhöhen. Ein weiterer Antrag, die Gehälter über 4000 Mark zu kürzen, wurde von May direkt unterschlagen und nicht zur Verlesung gebracht. Die Abänderungsanträge unserer Genossen wurden vom Bürgerblock bei Stimmenthaltung der Sozialfaschisten abgelehnt. Nur weiter so, und der letzte Arbeiter von Nebra wird erkennen, daß er sich in die Volksaktion gegen Hunger und Faschismus mit einreihen muß.

Querfurt

Die letzte Stadtverordnetensitzung beschäftigte sich unter anderem mit der Beschaffung von Unterbringungsräumen für Obdachlose. Einige Arbeiter sollen aus ihren Wohnungen ermittiert werden und Baracken beziehen. Man will ihnen nur einen Raum zur Verfügung stellen pro Familie. Unsere Genossen verlangten zwei Räume pro Familie. Für den Antrag der Kommunisten hatte man jedoch kein Verständnis, von der SPD bis zum Bürgermeister. Einige Zuhörer waren über das Verhalten der bürgerlichen Meute empört und gaben ihrer Erregung durch Zwischenrufe Ausdruck. Dafür wurden sie von der Polizei aus dem Sitzungssaale gebracht.

Polleben

In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde die Einführung der Bürgersteuer beraten. Die nationale Rechte setzte sich warm dafür ein, neue Massensteuern aus den Werktätigen herauszupressen. Demgegenüber zeigten die Kommunisten einen anderen Weg, die erforderlichen Mittel zu bekommen: Erhöhung der Steuersätze für den unbebauten Grundbesitz, für Lecker von 50 Morgen aufwärts.

Der Etat wurde mit 5 zu 5 Stimmen abgelehnt.

Biehla

Zum Etat der Gemeinde Biehla stellten die Vertreter der KPD wesentliche Abänderungsanträge. Sie verlangten höhere Mittel für Wegebau und für die Fürsorge. Diese Anträge wurden abgelehnt. Der Erwerbslosenausschuß hat einen besonderen Antrag eingebracht, die alten Sätze für die Wohlfahrtsempfänger weiterzuzahlen und die bisher abgezogenen Beträge unverzüglich nachzuzahlen. Nach eingehender Begründung durch unsere Genossen wurde der Antrag dem Bezirksfürsorgeausschuß überwiesen.

Interessant war die Abstimmung über den Antrag der KPD, ein Protestschreiben an die Regierung gegen die Notverordnung zu richten. Der Gemeindevorsteher glaubte ein derartiges Schreiben nicht mit seinem Namen versehen zu können, er täme sonst mit der Aufsichtsbehörde in Konflikt. Der Antrag wurde bei Stimmenthaltung des Vorstehers einstimmig angenommen.

Arbeiter und Arbeiterinnen von Zeitz!

In provokatorischer Weise versuchen die Nazis in Zeitz am Mittwoch, dem 24. Juni, den berüchtigten Young-Plan-Durchführer, ehemaligen thüringischen Minister Frick, der Arbeiterschaft ins Gesicht zu setzen.

Klassengenossen!

Heraus zur Massendemonstration. Wehrt euch gegen das provokatorische Auftreten der Nazis.

Erscheint alle zur Kundgebung am 24. Juni 5 Uhr auf dem Altmarkt

Der Pastor und die Gottlosen

A.-K. Polleben. In einer Versammlung der proletarischen Freidenker, in der der ehemalige Mönch Zuck aus Graz über seine Erlebnisse im Kloster berichtete, erschien auch der Pfarrer von Polleben. Der Pfarrer, Herr v. Knesel, war von den Ausführungen des ehemaligen Mönchs nicht begeistert, er gerlet vielmehr ganz außer sich, daß man versucht, in seine Gemeinde einzudringen und ihm seine Schäflein zu entführen. Als dann gar in der Diskussion der Genosse Brojowski ermähnte, welch große Menge Geld die Pfarrer für ihre Predigten schlucken, war es ganz vorbei mit der pfarrherrlichen Geduld und er rief immer dazwischen: „Lüge, Lüge, Lüge ..." Plötzlich ging das Licht im Saal aus und alles saß im Dunkeln, so daß die Versammlung abgebrochen werden mußte. Es besteht der Verdacht, daß der Pastor selbst das Löschen des Lichtes veranlaßt hat, damit seine Schäflein weiter im Dunkeln wandeln sollen.

Aus dem Saalkreis

Arbeiterinnen und Arbeiter von Landsberg heraus

zu der morgen, Dienstag, den 23. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal „Zum goldnen Löwen" stattfindenden

öffentlichen Kulturkundgebung

Referent: Frater Ephraim Maria Zuck (ehemaliger Mönch des Klosters „Heiliger Johann von Gott") spricht über „Mönche und Klöster vom Mittelalter bis zur Gegenwart".

Die gesamte Arbeiterschaft sowie die Herren Pastoren Petersel-Landsberg, Menzel-Colme, Henzel-Güß und ihren Anhang laden wir hiermit öffentlich ein.

Kampfausschuß gegen Hungerverordnung in Dölau

So muß es überall gemacht werden!

A.-K. Die ersten Zeichen der Notverordnung machen sich bereits auch in Dölau bemerkbar und zwar durch die fortgesetzte Steigerung der wichtigsten Lebensmittelpreise. Um nun der hiesigen Einwohnerschaft die weitere, durch die Notverordnung geplante, krasse Verschlechterung der Lebenslage klar zu machen setzten wir für den 16. Juni eine öffentliche Versammlung an. Der Referent, Genosse Anton, verstand es vortrefflich, den Anwesenden den kommenden Raubbau klarzulegen. Die Hinweise darauf, daß den Arbeitern in allernächster Zeit der Brotkorb noch höher gehängt werden soll, wurden mit großer Entrüstung aufgenommen.

In der Diskussion wurde aus der Versammlung der Antrag gestellt und angenommen, einen Kampfausschuß zu wählen. Selbiger besteht aus einer Frau, zwei Wohlfahrtempfängern, einem Rentner und einem Betriebsarbeiter.

Auch wir in Dölau protestieren energisch gegen die Notverordnung und werden uns unter keinen Umständen den Raubbau gefallen lassen und unter Führung der Kommunistischen Partei für ein sozialistisches Deutschland kämpfen!

Modelwitz. Balalaika- und Mandolinenkonzert des W.-V. „Edelweiß" (Mitglied der „Sfa") am Sonnabend, dem 27. Juni, 19 Uhr, im „Gasthof zur Landesgrenze". Eintritt Vollarbeiter 40 Pf., Erwerbslose 25 Pf.; an der Abendkasse 50 und 30 Pf. Alle Einwohner der umliegenden Orte werden um Unterstützung ersucht.

Seeben. Von dem Ortskartell Seeben wurden für die politischen Gefangenen 10 M. der Roten Hilfe überwiesen. Den Spendern herzlichsten Dank!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610193106 22-19/fragment/page=0010

Klassenkampf

10 Jahre

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH. Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 219 45 (Red.); 219 47 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung Der Rote Stern

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Montag, 22. Juni 1931 | 11. Jahrgang Nr. 137

Neuer „Silberstreifen"-Schwindel

Amerikas Aktion zur Rettung der ausländischen Milliarden in Deutschland — Hoover schlägt vor: ein Jahr Einstellung aller Reparationszahlungen — Die Angst vor dem Bolschewismus und die Angst um die Dividenden — Nur die KPD zeigt den Weg zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volks aus den Ketten des Young-Plans!

Vom „Vorwärts" bis zu den rechtesten Zeitungen ein einziger Jubelchor: Hoover, der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, hat in seiner in den letzten Tagen vielbesprochenen Erklärung, die jetzt erst im Wortlaut vorliegt, nicht mehr und nicht weniger vorgeschlagen als auf ein Jahr alle Reparationszahlungen aller Länder einzustellen, was einen einjährigen Zahlungsaufschub mit Wirkung vom 1. Juni dieses Jahres nicht nur für Deutschland, sondern auch für die an Amerika verschuldeten Länder der Entente bedeuten würde. Diese „Welt-Atempause", die für Deutschland in dem einen zahlungsfreien Jahr 1½ Milliarden Mark Verminderung der Ausgaben bedeuten würde, das soll die „Rettung vor der großen Katastrophe", die Rettung vor dem Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft sein.

Fast aufs Wort genau wiederholt sich in diesem Freudentaumel der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse das ganze Konzert goldener Illusionen aus der Zeit des Dawes-Planes, des Young-Planes und des berüchtigten „Silberstreifens" Stresemanns. Wieder einmal geht die Dollarsonne über Deutschland auf. Wieder einmal überschlägt sich die kapitalistische Presse in dem Bestreben, durch diese neue Illusion die Massen von der furchtbaren Not der Gegenwart, von der schweren innerpolitischen Krise abzulenken.

Was ist die Wahrheit? Noch niemals haben die kapitalistischen Staaten aus anderen als aus Profitgründen derartige Aktionen vorgeschlagen. Bei dieser Aktion Amerikas aber liegen die Profitinteressen des Welttapitalismus nur allzu deutlich auf der Hand. Die schwere wirtschaftliche Krise des deutschen Kapitalismus, das rasche Herannahen der Voraussetzungen der revolutionären Krise in Deutschland, die Furcht, Deutschland könne in kürzester Zeit ein „Opfer des Bolschewismus" werden, die Angst um den Verlust der ausländischen Milliarden, die das internationale Finanzkapital in Deutschland angelegt hat und die durch die katastrophale Entwicklung auf dem Devisenmarkt, die Deutschland aufs neue an den Rand der Inflation gebracht hat, verloren zu gehen drohen: Das ist der Hauptgrund, wenn die Dollarkönige heute einen solchen Vorschlag zur Konsolidierung des kapitalistischen Deutschland machen. Es ist das nicht der erste Versuch, Deutschland, das wichtigste Bollwerk gegen das Vordringen des Bolschewismus aus dem Osten zu sanieren. Nicht anders als 1923 der Dawes-Plan soll diesmal wieder nach dem Versagen der letzten Rettungsaktion durch den Young-Plan mit neuen Mitteln versucht werden, die drohende Katastrophe aufzuhalten. 6½ Milliarden ausländisches Kapital in Deutschland: Das erklärt das ganze Ausmaß der Furcht, die das internationale Finanzkapital angesichts der Perspektive einer revolutionären Entwicklung in Deutschland befällt.

Daß dabei der amerikanische Kapitalismus noch sein besonderes Geschäft im Machtkampf der imperialistischen Mächte besorgt, ist der zweite Grund für Hoovers Aktion. Kommt sie zustande — und ihr Zustandekommen hängt ja von der Zustimmung der Ententemächte ab —, dann bedeutet sie einen Schlag gegen die kontinentale Vormachtstellung Frankreichs in Europa, denn der einjährige Zahlungsaufschub verlangt von Frankreich weit mehr finanzielle Opfer als im Augenblick von Amerika, England oder Italien. Kein Wunder, daß die Zustimmungserklärung Englands und Italiens zu Hoovers Vorschlag bereits gemeldet wird, während sich Frankreich aus guten Gründen noch in Schweigen hüllt. Wieder einmal soll ein imperialistischer Machtkampf der Weltmächte auf dem Rücken Deutschlands ausgetragen werden.

Wir Kommunisten aber haben in dieser historischen Situation die Pflicht, vor der gesamten deutschen und internationalen Arbeiterklasse zu erklären: Auch wenn dieser Plan Hoovers zustande kommt, der im übrigen entgegen den ersten begeisterten Meldungen der bürgerlichen Presse weder ein dreijähriges, noch ein zweijähriges Moratorium, sondern nur einen einjährigen Zahlungsaufschub und keinerlei bindende Zusagen über die bereits angekündigte Dollaranleihe enthält, — selbst wenn dieser Plan zustande kommt, kann er die rise des deutschen und des internationalen Kapitalismus nicht lösen, sondern nur verschärfen. Die Lasten, die auf den Schultern des werktätigen Volkes in Deutschland ruhen, werden um kein Gramm geringer werden. Nur noch fester wird das werktätige Volk Deutschlands mit goldenen Ketten an das amerikanische Finanzkapital gefesselt. Zugleich aber werden die Profitinteressen der imperialistischen Staaten untereinander gewaltig zugespitzt. Die deutsche Bourgeoisie wird, wenn der Plan zustande kommt, alles daran setzen, wiederum für sich Profite aus dieser Aktion herauszuschlagen, aber sie wird nicht das geringste unternehmen, um die Lasten auf den Schultern der werktätigen Massen zu erleichtern. Sie wird im Gegenteil die Wahnsinnspolitik der systematischen Ruinierung der Kaufkraft der Massen durch immer weitere Verschärfung der Ausbeutung fortsetzen. Schon schreiben heute morgen die „Leipziger Neuesten Nachrichten":

„Noch sind keine Beschlüsse gefaßt, und noch ist das Moratorium nicht da. Es erscheine an und für sich unter diesen Umständen vielleicht müßig, schon jetzt darüber ein Wort zu sagen, wie denn Deutschland die Summe, die ihm durch ein eventuelles Moratorium nachgelassen würde, verwenden soll, und trotzdem ist es vielleicht notwendig, schon in dieser Stunde mit aller Entschiedenheit zu fordern, daß die freiwerdenden Summen nicht allein in die Neune des allmächtigen Fiskus übergeführt werden, sondern in jedem Falle nur einem einzigen Zweck zu dienen haben: der Sanierung und Rettung der deutschen Wirtschaft in allen ihren Gliedern und allen ihren soziologischen Verlagerungen."

Das heißt auf gut Deutsch: Her mit den Dollarmillionen zur Subvention für Industrie und Junker! **Keinen Pfennig für die hungernden Massen, aber alles für die Profithyänen des Finanzkapitals!**

Vor dem ganzen deutschen werktätigen Volk erklären wir: Der bankrotte Kapitalismus hat kein Mittel, die Krise im Sinne der werktätigen Massen zu überwinden. Es gibt für das hungernde Volk nur eins, was es aus Elend und Not befreien kann: Das ist der Weg, den die Kommunisten seit Jahr und Tag aufgezeigt haben.

Auch Hoovers neue Aktion, die wiederum vor allem die Sozialdemokratie bewußt zur Erweckung neuer trügerischer Illusionen im deutschen Proletariat ausnutzt, wird kein anderes Ergebnis als der Young-Plan haben: Neue verschärfte Belastung der Massen, neue Verschärfung der Krise des Kapitalismus.

In dieser Stunde erinnern wir die Arbeiterschaft an die Programmerklärung der Kommunistischen Partei zur sozialen und nationalen Befreiung des deutschen Volkes, die sie im Reichstagswahlkampf des vorigen Jahres veröffentlicht hat und die den hungernden Massen Deutschlands den Weg zu ihrer Befreiung zeigt. In dieser Erklärung heißt es:

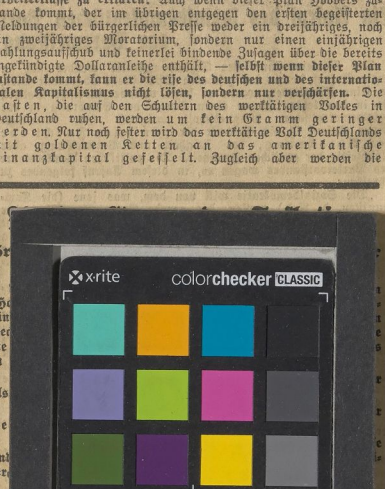
„Wir erklären feierlichst vor allen Völkern der Erde, vor allen Regierungen und Kapitalisten des Auslandes, daß wir im Falle unserer Machtergreifung alle sich aus dem Versailler Frieden ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären werden, daß wir keinen Pfennig Zinszahlungen für imperialistische Anleihen, Kredit- und Kapitalsanlagen in Deutschland leisten werden ... Wir Kommunisten sind die einzige Partei, die sich den Sturz des Imperialismus und die Befreiung der Völker von der Macht des Finanzkapitals zum Ziel setzt."

Was vor beinahe Jahresfrist in dieser Erklärung geschrieben wurde, das ist auch heute noch die Antwort des Kommunismus, des revolutionären Proletariats auf die Pläne des Finanzkapitals, deren erster Beweggrund die Furcht vor dem Siege des Kommunismus in Deutschland und vor der damit allein möglichen Befreiung des deutschen Volkes aus den Ketten des Young-Planes ist.

Die Vorgänge an der Reichsbank, die akute Gefahr einer neuen Inflation ist heraufbeschworen worden von den deutschen Kapitalisten, die in den letzten Tagen und Wochen durch die Verschiebung von Milliarden deutschen Kapitals ins Ausland den offensten unverhülltesten Landesverrat begingen. **Keine Maßnahme des Kapitalismus will, wird und kann das verhindern.** Nur der Kommunismus sagt diesen Hyänen auf dem Schlachtfeld der wirtschaftlichen Katastrophe die Todfeindschaft an. In der Programmerklärung der Kommunistischen Partei heißt es:

„Zur Macht gelangt, werden wir dem Treiben der Bankmagnaten, die heute dem Lande offen ihren Willen aufzwingen, schonungslos Einhalt gebieten. Wir werden die proletarische Nationalisierung der Banken durchführen und die Verschuldung an die deutschen und ausländischen Kapitalisten annullieren.

Um dieses Freiheitsprogramm scharen sich die Massen der Hungernden in Deutschland. Diese Massen sind von Enttäuschung



Auftakt zum

Landarbeiterinnen streiken — Gutsbes

(Eig. Meldg.) Holzweißig, 22. Juni.

In der vorigen Woche haben in Paupitzsch, im Kreise Delitzsch, 35 Landarbeiterinnen drei Tage erfolgreich gestreikt. Der Gutsbesitzer verlangte von den Frauen, daß jede Frau gesondert einen halben Morgen Rüben im Einzelakkord hacken sollten. Die Frauen wehrten sich gegen diese verschärfte Ausbeutungsmethode und legten die Arbeit nieder. Da sie im RLB organisiert waren, verlangten sie den Kreisleiter aus Delitzsch zur Verhandlung. Dieser hielt es aber nicht für nötig, zu kommen. Daraufhin haben die Frauen ihre Verbandsbücher in die Ecke geworfen und haben allein ihren Streik weitergeführt. Sie haben sich durch alle Drohungen des Gutsbesitzers nicht einschüchtern lassen. Nach drei Tagen gab der Gutsbesitzer nach und machte das Zugeständnis, daß sie wieder gemeinsam und nach der alten Lohnverrechnung arbeiten. Die Frauen erklärten gegenüber weiteren Drohungen: Wenn der Gutsbesitzer bei der Ernte ihre Forderungen nicht erfüllt, dann treten sie wieder in den Streik.

Diese 35 Frauen haben den Auftakt gegeben zu der Streikwelle, die zur Ernte über unseren ganzen Bezirk hinweggehen wird. So, wie diese Frauen ihren Gutsbesitzer zum Nachgeben gezwungen haben, so können überall die Landarbeiter ihre Junker auf die Knie zwingen.

Die Frauen in der vordersten Front beim Erntestreik — das ist die Lehre von Paupitzsch!